



DAS BULLETIN

des
alternativen
Zug

Nummer 2 Juni 2005



10'000 gegen Rassismus und Blocherpolitik an der Grossdemo «wir sind die Schweiz» am 18. Juni in Bern.

- 3 **Editorial**
Frauen sind mehr als ein «Kostenfaktor»
- 4 **Vision Cham**
Cham ist getigert
- 7 **Menzingen**
Die Nachhaltigkeit des Schulterklopfens
- 8 **Kantonsrat: Alternative Fraktion**
Die Alternativen lassen nicht locker
- 10 **Nationalrat**
Intensive Sommersession
- 13 **Regierungsrat**
«Uster gegen Blocher»
- 14 **Malereien in der Spitalkapelle**
Über den eigenen Schatten gesprungen

- 17 **Zuger Steuerpolitik**
Von hier an blind
- 18 **GATS**
Service Public privatisieren – gohts no?
- 20 **Linke Politik – Teil 1**
Eine europäische Vision – aber welche?
- 23 **Marche mondiale des femmes**
Auf nach Luzern
- 24 **Serviceteil**
Kino FLIZ
End-Lese
Frontal
Veranstaltungskalender
Adressen Alternative
Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

Sozialistisch-Grüne Alternative Kanton Zug, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhäusern, Gleis 3 Risch/Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Frauen sind mehr als ein «Kostenfaktor»

Die Gesundheitskosten sind ein Dauerbrenner in den Medien und in der Politik. Werden ausschliesslich die von den Krankenkassen übernommenen Kosten betrachtet, so liegt der Schluss nahe, dass Frauen mehr medizinische Leistungen in Anspruch nehmen und deshalb höhere Gesundheitskosten verursachen als Männer. Die Krankenversicherungen finanzieren jedoch nur einen Drittel der ausgewiesenen Gesundheitsleistungen.

Bei den übrigen Sozialversicherungen sieht es umgekehrt aus: So entfallen im Jahr 2001 bei der Unfallversicherung 72 Prozent der Kosten auf Männer. Dies lässt sich einerseits dadurch erklären, dass mehr Männer aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit bei einer Unfallversicherung gegen Unfall versichert sind. Andererseits führt die grössere Risikoneigung der Männer (zum Beispiel Auto, Sport) zu mehr Unfällen und somit zu höheren Ausgaben. Da Frauen öfter einzig über die obligatorische Krankenpflegeversicherung gegen Unfall versichert sind, erklärt dies einen Teil der höheren Krankenversicherungskosten.

Ähnlich sieht es bei der Invaliden-, Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie bei der Militärversicherung aus. Ihre Gesundheitsleistungen kommen in grösserer Masse den Männern zugute. Extrem zeigt es sich bei der Militärversicherung: Sie wird vollständig durch den Staat finanziert und wendet 99 Prozent der Kosten für Männer auf.

Im Jahr 2001 betrugen die Kosten für die obligatorische Krankenpflegeversicherung insgesamt 15,4 Milliarden Franken – 9,2 Milliarden für Frauen und 6,2 Milliarden für Männer. Wie lässt sich dieser Unterschied von 3 Mil-

liarden zwischen Frauen und Männern erklären?

Lebenserwartung: Frauen beanspruchen aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung während mehr Jahren Gesundheitsleistungen. Gleich wie bei den Männern sind die letzten Jahre vor dem Tod die kostenintensivsten.

Mutterschaft: In der Lebensspanne um 30 Jahre sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Frauen bei den kostspieligen Leistungserbringenden doppelt bis viermal so hoch wie bei Männern. Der Grund ist offensichtlich: Die Mutterschaft fällt in diese Lebensspanne. Diese Kosten werden den Frauen zugeschrieben, obwohl Kinder bekommen beide Geschlechter betrifft.

Psychische Erkrankungen: Frauen werden häufiger als Männern psychische Erkrankungen zugeschrieben und diagnostiziert. Frauen weisen höhere ambulante Psychiatriekosten auf als Männer. Im psychiatrischen Spitalbereich sind die Kosten für Männer im Alter von 20 bis 40 Jahren höher. Möglicherweise kommen Männer erst in einer späteren Krankheitsphase mit der Psychiatrie in Kontakt, nämlich dann, wenn eine Hospitalisierung nicht mehr vermeidbar ist.

Gewalt: Gewalt verursacht hohe Kosten, so auch im medizinischen Bereich. Verursacht werden diese Kosten mehrheitlich durch männliche Täter. Betroffen sind als Opfer sowohl Frauen als auch Männer. Infolge von Gewalt gegen Frauen wurden 1998 in der Schweiz Ausgaben von 80 Millionen Franken für ärztliche Leistungen, 30 Millionen für Spitäler und 23 Millionen für Medikamente geschätzt, was Gesamtausgaben von 134 Millionen Franken ausmacht. Wenn Männer ge-



Manuela Weichelt-Picard,
Vize-Präsidentin Zuger
Gewerkschaftsbund.

gen Frauen Gewalt ausüben, werden die Gesundheitskosten bei den Frauen ausgewiesen, obwohl Männer diese verursacht haben.

Pflege im Alter: Männer haben aufgrund der Arbeitsteilung und der längeren Lebenserwartung der Frauen eher Zugang zu unbezahlten Pflegeleistungen als Frauen. Das Pflegen gehört in unserer Kultur eher zum Rollenbild der Frau. Das heisst nichts anderes, als dass viele Männer im Alter von ihren Frauen bis zum Tode «gratis» gepflegt werden. Bei Frauen im hohen Alter fallen vor allem die höheren Pro-Kopf-Ausgaben für Pflegeheime sowie die Krankenhausabteilung «Geriatric» auf.

Dank den Gratisleistungen der Frauen verringern sich somit die Gesundheitskosten der Männer. Frauen hingegen können bei ihrer Bedürftigkeit viel weniger aufentsprechende Hilfe zurückgreifen und müssen in Institutionen gepflegt werden, was wiederum die Kosten bei den Frauen ansteigen lässt.

Meine Schlussfolgerung: Das verbreitete Vorurteil der «kostenintensiven Frauen» muss korrigiert werden. Es läuft dem Solidaritätsgedanken zuwider, welcher ein Grundpfeiler unseres Gesundheitswesens ist. ■

(Auszug aus einem Referat an der Sonntags-Matinée vom 1. Mai 2005. Vollständiger Text auf www.weichelt.ch)

Cham ist getigert

Der Stadtwanderer Benedikt Loderer wurde vom alternativen Bauchef Charles Meyer eingeladen, Cham anzuschauen und über seine Eindrücke zu berichten. Folgende Rede hielt Loderer dann am 25. Mai an der «Cham Bau 05».

Benedikt Loderer, Redaktor «Hochparterre» – Bilder BULLETIN

Es gibt den abgedroschenen Witz, vom Amerikaner, der die Schweiz mit Schweden verwechselt. Es gibt Schlimmeres: Ich zum Beispiel bin der Zürcher aus Bern, der Baar und Cham nicht auseinander halten kann. Ein Zeichen von Ignoranz in beiden Fällen. Allerdings würden wir es einem Touristen aus Kankakee im Staat Illinois nicht verargen, wenn er Cham und Baar durcheinander bringt. Das beweist nur, dass Cham und Baar, aus genügender Distanz betrachtet, wirklich nicht mehr zu unterscheiden sind. Es kommt noch ein mildernder Umstand dazu: Unser Mann aus Illinois war noch nie in Schweden.

Zürich aber wäre nah genug, dass auch ein Zürcher Stadtwanderer die Unterscheidung schaffen müsste. Trotzdem, meine Damen und Herren, bin ich eine Enttäuschung. In meinem Kopfkino verschwammen Baar und Cham, bevor ich zum ersten Mal hier, war zu einer in der Lorzenebene ausgebreiteten diffusen Agglomeration. Ich gebe zu, dass mich das disqualifiziert, über Cham etwas Erhellendes zu sagen, was für Sie den entlastenden Effekt hat, nichts davon, was Sie trotzdem erleuchtet, ernst nehmen zu müssen. Aber zur Sache: Was ist an Cham so besonders?

Das Besondere an Cham

Ich habe brav meine Hausaufgaben gemacht und mir Cham angesehen. Sie

kennen es besser als ich, also kann ich mich auf Stichworte beschränken.

Ich fand also in Cham einen erneuerten Bahnhof, an dem ich mit der nigel-nagelneuen Stadtbahn ankam, ich wurde von alteidgenössischer Baukunst empfangen, die sich dann als Historismus entpuppte und eine Beiz enthielt, die Bahnhof verstand. Ich ging auf einer Poststrasse und fand ein industrielles Bildstöckli, ein Wetterstationli von grosser Putzigkeit. Ich kam auf eine Hauptstrasse, deren Verkehr mir den Atem nahm, bewunderte einen grosszügigen Kirchplatz ohne Autos drauf, dahinter stand eine mächtige Barockfassade. Ich kam an einer Pillenschachtel, pardon einem Gemeindehaus vorbei, erreichte ein Quartierzentrum, dessen Vorplatz streng nach Hinterhof roch, überquerte einen Fluss, sah die Villa, wo Herr Nestlé wohnt, ging durch eine grossstädtische Passage, an deren Hinterausgang nichts war als ländlich-sittliche Leere. Ich bewunderte sechs Urchamer Bauernhäuser in Reih und Glied, die von Philipp Etter stammen könnten, so familienpolitisch sehen sie aus. Dann schlich ich durch neuere Wohnsiedlungen. Die erste war ein Prokuristenareal. Die zweite ein Angestelltengebiet, dabei machte ich mir Gedanken über die soziale Segregation auf kleinem Raum. Ich entdeckte den Sichtbackstein als das Leitfossil der Chamer Architektur in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ich drang in den Grünstreifen des Flusses ein, erklimmte einen Steilhang, wo oben eine protestantische Kirche mit katholischen Glasfenstern auf mich wartete. Ich kam an Schulen vorbei und einem Spitalkoloss, wunderte mich, wie mitten im Ort ein Sportplatz und das Bauernland unverhofft zusammenstiessen, hörte das Rauschen der Autobahn in der nahen grünen Ferne. Dann traf ich noch einen zeitgemäss-modischen Bau, der sich in einen Schindelmantel hüllte. Ich kam wieder auf die

Hauptstrasse, ein leerer Laden demonstrierte die Wirkung des Verkehrs auf die Seele des Detailhändlers, mit ihm trank ich im Geiste ein Café depresso. In der Nähe stand ein hochherrschaftliches Anwesen, das Cham vor der Industrialisierung verkörperte. Weisch no denn?, raunte meine innere Stimme, erinnern Sie sich noch an das schmucke Dorf Cham?, fand mich plötzlich vor dem Bahnhof wieder, unterquerte die Geleise und war ganz anderswo. Cham, so staunte der Stadtwanderer, hat eine Küste mit Park und Schloss, mit Beiz und Promenade, dort, wo Cham aufhört, dort wird Cham wirklich schön. Also wenn sie mich fragen: Cham ist das im Mittelland Übliche mit einer Küste. Man kann es auch umdrehen: ohne Küste nur das Übliche.

Cham ist getigert

Wie soll da ein Stadtwanderer über Identität reden, schlimmer noch über den Zusammenhang von Architektur und Identität, wie ihm aufgetragen wurde? Wir müssen beim Üblichen beginnen, beim Mittelland. Das ist längst kein geografischer Begriff mehr, es ist ein Ausdruck für die gerne verdrängten Tatsachen.

Mittelland heute heisst: das schweizerische Tigerfell. Das Mittelland gleicht einem Tigerfell: Schwarz sind die besiedelten, gelb die ungebauten Teile. Wie beim Tiger hängen die Streifen zusammen, der Rücken ist schwarz, der Bauch ist gelbweiss, grad so wie Zürich und das Entlebuch. Beide gehören aber zum gleichen Tiger.

Hat man dieses Bild einmal begriffen, so löst dieser Vergleich die zentrale Chamer Identitätsfrage: Ist Cham ein Dorf oder eine Stadt? Weder noch, meine Damen und Herren. Cham ist getigert. Ich bin glücklich, wenn Sie sich nur einen einzigen Satz über den bevorstehende Apéro hinaus merken können: Cham ist



getigert. Cham ist einer der Streifen im Mittellandfell.

Das Land ist erledigt

Zugegeben, Cham war einmal ein Dorf, aber das war vor dem Auftauchen des Autos, also kurz nach dem Ende der letzten der vier Eiszeiten. Damals gab es auch noch das Zugerland, und Land meinte: auf der Landwirtschaft basierend, wie zum Beispiel die Kondensmilchproduktion. Diese Art von Land ist erledigt. Das gibt es nur noch in der zähen Erinnerung, wo es zu Jodelliedern gerinnt. Aus dem Land ist die Landschaft geworden, die von den übrig gebliebenen Bauern gepflegt wird. Wer heute noch den Gegensatz von Stadt und Land beschwört, hat nicht verstanden, dass das Land längst untergegangen ist. Es gibt nur noch einige, arg geschrumpfte Überbleibsel an Landleuten. Sie hausen im gelben Grund des Tigerfells. Der überwiegende Teil der Bevölkerung hingegen wohnt in der schwarzen Streifenfigur unter städtischen Bedingungen.

In Cham herrschen die Hintersassen

Wer Cham noch als Dorf beschwört, tut dies wider besseres Wissens, tut es aus Sentimentalität oder aus dem Wunsch nach Abgrenzung. Beides hat dieselbe Wurzel: Wir wollen unter uns sein. Cham gehört uns, wir werden doch das Dorf nicht teilen! Wir lassen uns doch nicht von den Hintersassen befehlen! Doch längst herrscht in Cham das Volk der Hintersassen. Im Mittellandtigerfell gibt es nur Hintersassen. Der Hintersasse ist die heutige Form des Vollbürgers.

Was ist eine Stadt?

Soviel zu Dorf und Land, was aber ist mit der Stadt? Die Statistik zählt die Städte, aber sie wägt sie nicht. 10'000 Einwoh-

ner verlangt sie, bevor sie die Kategorie Stadt verwendet. Ich Ignorant habe nur eine dürftige Ahnung davon, wie viele Einwohner Cham hat, aber dass es keine Stadt ist, das weiss ich trotzdem. Im schweizerischen Mittelland kann nicht Stadt sein, was kein historisches Gewicht hat.

Ein Blick über den See nach Zug erklärt das. Melligen ist eine Stadt, Regensberg und St-Ursanne, nicht aber Cham. Man kann die historische Akkumulation, die Jahrhunderte braucht nicht mit der Kopffzahl aufwiegen. Daran sind auch alle Pläne der sechziger Jahre gescheitert, die neue Städte planten, kurz, man kann Cham unmöglich zur Stadt machen. In der Firma Tigerfell sind diese Stellen schon besetzt.

Zu viel Durchgangsverkehr

Was unterscheidet Cham von anderen Streifen im Tigerfell? Einer davon heisst bekanntlich Baar. Vielleicht ists sogar derselbe Streifen, nur etwas weiter oben. Was ist aber mit der Identität, die wir so eifrig suchen? «Gehe von deinen Beständen aus, nicht von deinen Parolen», mahnt uns Doktor Gottfried Benn. Das heisst: Statt über die Chamer Identität zu werweisen, ist es klüger, Cham zu verbessern. Cham hat was, doch muss es erst etwas daraus machen.

Ich unterbreite Ihnen drei unangemessene Vorschläge, Verkehr, Industrieland und Küste betreffend. Cham leidet am Durchgangsverkehr, da sind sich alle Chamer einig. Wie viel Durchgangsverkehr sie gleich selber produzieren, das wollen wir lieber nicht nachzählen. Fest steht: Die Autofahrer beklagen sich über die Autofahrer. Es gilt der Grundsatz: Ich bin aufs Auto angewiesen, die andern genau genommen nicht. Das ist ein Naturgesetz und braucht keine weiteren Beweise. Autofahren ist natürlich, das ist ausreichend.

Cham plant eine Umfahrungsstrasse.

Die Chamer «Riviera». Links von der Lorzenmündung die öffentliche Villette (mit Kirchturm im Hintergrund). Rechts davon der private Schlosspark, dessen Grösse hier zum Ausdrucksdruck kommt. Wie prachtvoll dieser Park ist, kann jeweils am Tag der offenen Tür bestaunt werden. Soll dieser Park wirklich verbaut werden?

Sehr gut. Bauen Sie sie so schnell wie möglich und so breit wie die kantonalen Zuschüsse es erlauben. Verbünden Sie sich mit Hüenenberg und, wenn es sein muss, mit Baar, damit Sie an den Agglomerationsstopf des Bundes herankommen.

Äneumme und zringsum

Kurz, benehmen Sie sich wie eine gewöhnliche Gemeinde im Mittellandfell. Dann aber tun Sie trotzdem etwas Ungewöhnliches. Dort wo heute das industrielle Bildstöckli steht, mitten in Cham, dort errichten Sie eine künstlerisch wohlgestaltete Strassensperre. Sie verhindert den Durchgangsverkehr und zwingt auch die Chamer äneumme, genauer zringsum zu fahren.

Damit haben Sie die Hauptstrasse zurückgewonnen. Daraus machen Sie, was sie schon ist: Chams Rückgrat. Nichts da von autofrei, nichts von Fussgängerzone, bloss eine stinknormale Hauptstrasse mit einer Strassensperre. Wenn Sie Lust haben, können Sie sie auch gestalterisch aufmöbeln. Sie können das Hindernis auch versenkbar machen für die Fronleichnamprozession, doch das ist alles nicht entscheidend. Glauben sie ja nicht die Gestaltung oder die Prozession löse das Hauptproblem, das Sie nach dem Bau der Umfahrungsstrasse haben werden: Die Chamer, die Cham durchfahren nämlich. Ohne Sperre können Sie sich das Geld für die Umfahrung von Anfang an sparen, wirklich etwas davon haben nur die Strassenbauer und die Karosseriespengler.

Umzonung der Industriegebiete

Noch gibt es eine Industrie in Cham und freudig glaubt man hier der Versicherung, dass dies noch lange so bleiben werde. Schon übermorgen ist das alles plötzlich anders, es gibt genügend Beispiele dafür. Was zurück bleibt, sind Industriebrachen. Von denen erhoffen sich die Eigentümer Reichtümer. Das geht aber nur, wenn man die Grundstücke umzonen kann, aus Industrieland muss Wohn- oder Dienstleistungszone werden.

Sagen Sie nein, bleiben Sie fest. Die Eigentümer haben nicht bloss die Arbeitsplätze abgezügelt, sie wollen nun auch den Mehrwert kassieren. Davon muss Cham auch etwas kriegen. Keine Umzonung ohne Gegenleistung. Die öffentliche Hand hat ein Interesse, diese grossen Gebiete für die gedeihliche Entwicklung einzusetzen. Hier bietet sich die Gelegenheit, Defizite auszugleichen. Hier kann entstehen, was Cham fehlt und was Cham braucht.

Unterstellen Sie heute schon die Industriezone der Planungspflicht und vor allem machen Sie keine Versprechungen. Wappnen Sie sich mit Geduld und lassen Sie sich nicht erpressen. Der schnelle Franken ist der Feind des intelligent investierten. Lassen Sie sich nicht schrecken, von Leerstand und Zerfall, sorgen Sie für die rechtlichen Möglichkeiten einer Zwischennutzung und warten Sie ruhig ab. Sie, meine Damen und Herren, sind als Chamerinnen und Chamer alle mitverantwortlich, dass Sie die Chance des Verlustes packen. Eines weiss ich heute schon: Der erste Vorschlag, der kommt, ist der für Cham schlechteste. Seine Promotoren tun aber, als ob sie Cham retten würden. Wählen Sie sich ihre Retter sorgfältig aus. Zusammenfassend: Machen Sie aus einer Immobilienoperation ein Entwicklungsprojekt.

Schlosspark öffentlich machen

Die Küste schliesslich. Sie ist das, was Cham hat, die ändern aber nicht. Nur hat Cham nicht die ganze Küste. Es muss ein Fernziel der Gemeinde sein, auch die Schlossküste zugänglich zu machen. Das braucht keinen Burgenbruch, nur eine öffentliche Promenade. Auch ich weiss, dass die Verfassung das Eigentum garantiert, aber wer sagt, dass in zwanzig Jahren dieses Eigentum nicht zu erwerben wäre? Äufnen sie heute schon einen Schlossküstenfonds. Denn erst mit der Schlossküste ist die Chamer Küste jener USP unique selling point, von dem die Marketingleute träumen und schwatzen. Egal wer in Zukunft im Gemeinderat sitzt, egal welche Partei die Mehrheit hat, egal was sonst geschieht: Ein Ziel muss durch alle Wirren und Krisen in allen Köpfen bleiben und darf nie gestrichen werden: Cham braucht die Schlossküste!

Ich fasse zusammen: Sie, meine Damen und Herren, leben im Tigerfellmitelland. Sie müssen sich erstens der lieb gewonnenen Selbsttäuschung Dorf entledigen. Stadt wird Cham zweitens niemals sein, denn das, was wir üblicher-

St. Andreas nicht überbauen

Wenn es nach dem Willen massgebender Lokalpolitiker gegangen wäre, befände sich heute an Stelle der Vilette ein steriler Kiesplatz. Die CVP-Opposition gegen Erhalt und Sanierung des baufälligen Hauses war beim Kauf des Vilette-Areals stark. Erst das Eingreifen des Kantons verhinderte letztlich den (schild)bürgerlichen Kahlschlag.

Mit der Ablehnung einer Umzonung des Schlossparks St. Andreas im nächsten Sommer – analog zur zurückgewiesenen Hotelüberbauung in der Seeuferparzelle Täubmatt beim Bahnhof – bewahren die Chamerinnen und Chamer die Vision im Sinne Loderers, sich

weise Stadt nennen, ist nur noch eine leere Hülle, ein von Touristen bespieltes Bühnenbild, in dem die Zweitwohner hausen. Anders herum: Wir müssen drittens das Oberstübchen neu vermessen. Bei der Gelegenheit finden wir heraus, wie zeitgemäss Cham ist. Cham, das getigerte, ist die heutige Form der Besiedlung und des Zusammenlebens. In den letzten fünfzig Jahren ist hier wie anderswo der schweizerische Normalfall entstanden, die Agglomeration.

Chams Identität bestimmen

Sie bauen eine Strassensperre, erlassen die Planungspflicht und kaufen die Schlossküste, damit ist für die Identität Chams ausreichend gesorgt. Denn Identität entsteht. Sie ist ein Produkt, keine Erbschaft. Erst durch Chams Werke wird Chams Identität. Man kann sie nicht herbei beschwören, man muss sie erarbeiten. Sie ist nicht die vergangene, sondern die kommende Geschichte. Was Sie, meine Damen und Herren, aus Cham machen, das bestimmt Chams Identität. Sie können heute schon damit beginnen. Stand 25. Mai. ■

dereinst ganzjährig an der unverwechselbaren Parklandschaft erfreuen zu können. Wer weiss, vielleicht erneuern die heutigen Besitzer ihre vor 10 Jahren dem Kanton vergeblich unterbreitete Offerte: unentgeltliche Abtretung des gesamten Schlossensembles an die öffentliche Hand mit der Auflage, Park und Gebäulichkeiten einer öffentlichen Nutzung zuzuführen.

Esther Haas vom Kritischen Forum Alternative Cham findet, dass die Variante der öffentlichen Nutzung im Vordergrund steht und ernsthaft geprüft werden muss. Cham sollte gemäss Loderers Empfehlungen in grösseren Zeiträumen und Zusammenhängen denken und handeln.

Die Nachhaltigkeit des Schulterklopfens

Die Politik der kleinen Schritte ist ein parteiübergreifendes Phänomen. Wem gelingt schon der ganz grosse Wurf - wirklicher Erfolg misst sich nicht in der Schrittlänge, sondern in der Tiefe des hinterlassenen Fussabdrucks. – Dies ist ein bewährtes Bilanzierungssystem zur Bewältigung des Politalltags, zwecks Vermeidung von Frust, Demotivation und Fehleinschätzung.

Marianne Aepli, Präsidentin Freie WählerInnen Menzingen – Bild BULLETIN

Gemeindeversammlung vorbei - gegenseitiges Schultern klopfen – warum? Punkt eins und drei der Motion Freie Wähler betreffend Verkehrsplanung und Verkehrssicherheit wurden abgelehnt, Punkt zwei ist angenommen. Zeitungskommentar: «Ein Teilerfolg für die Freien Wähler».

In den letzten zehn Jahren haben wir Freien Wählerinnen und Wähler fünf Motionen eingereicht. Die ersten zwei waren aus Sicht des Gemeinderates und bürgerlicher Politiker eine Anmassung sondergleichen. Dabei unsere Miss- und Erfolge: Die Parkplätze sind den Schülern leider erhalten geblieben, dafür haben wir seit sechs Jahren die «mänziger zytig»: ein 32-seitiges Infoblatt, das von einer breiten Trägerschaft herausgegeben wird: Die Einwohnergemeinde kauft pro Ausgabe vier bis acht Seiten, et voilà.

Die Motion zur Schulraumplanung wurde erheblich erklärt, die Motion zur Strahlenbelastung in einem von drei Punkten erheblich erklärt, gleiches Resultat auch bei unserem diesjährigen Input «Verkehr». Wir haben gelernt, unsere Anliegen in Teilanträge zu splitten, gemäss Wahrscheinlichkeitsrechnung ist die Erfolgsquote höher, und für einmal bestätigt sich diese mathematische

Gesetzmässigkeit im Alltag.

Unsere Erfolge sind eher mittelmässig, der Blick auf die Verwirklichung unserer politischen Ideen stimmt aber versöhnlicher. Das Zückerchen der diesjährigen Motion liegt in der Unterstützung unseres Anliegens durch den Gemeinderat und die CVP. Nicht schlecht. Wir spielen im Mittelfeld, auch wenn uns diesmal kein Totalsieg vergönnt ist.

Teuer und unnötig

Motion Teil eins: Die versammelte Gemeinde lehnt am 15. Juni unseren Vorschlag einer umfassenden Verkehrsplanung ab. Zu teuer, unnötig. Motion Teil drei: Auch eine allfällige Schaffung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten findet keine Zustimmung. Freiwillig Tempo 30 gefällt den Menzingerinnen besser. Motion Teil zwei: Erfreulich ist die Zustimmung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit von Schulwegen im Dorfzentrum. Für die Schulweg-Analyse und planerischen Umsetzungsvorschläge werden 21'000 Franken Budget bewilligt, der Verkehrsplaner darf einen Teilauftrag umsetzen. Und flugs formuliert die FDP einen Gegenantrag zu Teil eins: Die Gemeinde klärt gemeinsam mit dem Kanton, bzw. der Kantonspolizei unsere Kantonsstrasse betreffend Sicherheit ab, Bericht und Antrag an der Gemeindeversammlung im Dezember. Das finden die versammelten Einwohnerinnen und Einwohner gut.

Wir Freien Wähler geben einen Spielplatz an die FDP ab, inhaltlich sind wir wieder einen Schritt weiter. Unsere Sicherheitschefin Pia Rhyner weist den FDP-Vertreter im persönlichen Gespräch nach der Versammlung darauf hin, dass diese Abklärungen vermutlich ebenfalls fachliche Gutachten voraussetzen, entsprechend unserem Vorschlag Verkehrsplanung. «Jä nu, dänn halt», die lakonische Antwort. Uns freuts. Bekanntlich haben bürgerliche Anliegen,



Und hier gilt Tempo 50 ...

und ab sofort ist dies eines, bessere Chancen zur Umsetzung.

Tempo-30-Zone

Bleibt noch zu sagen, dass der Verkehrsplaner nach der Gemeindeversammlung ebenfalls ein persönliches Gespräch geführt hat mit unserer Sicherheitschefin Pia Rhyner: «Also Frau Rhyner, eine Schulwegsicherung ist bei der aktuellen Verkehrssituation in Menzingen ohne die Schaffung von einzelnen Tempo-30-Zonen undenkbar.» Uns freuts. Und innert Jahresfrist müssen wir an einer Gemeindeversammlung vermutlich darüber abstimmen, ob wir mit unserem Ja zur Schulwegsicherheit, notfalls auch ein Ja für einzelne Tempo-30-Zonen schlucken. Da klopfen wir uns beim Bier Trinken ein weiteres Mal auf die Schultern, und kurz vor dem grossen Schenkelklopfen brechen wir auf: «Jä nu, dänn halt.» ■

Die Alternativen lassen nicht locker

Die Alternative Fraktion als kleinste der fünf Fraktionen des Zuger Kantonsrates ist sehr aktiv, in den Medien präsent, macht durch verschiedene Vorstösse zu aktuellen Themen auf sich aufmerksam und wird als konsequente, linke politische Kraft wahrgenommen.

Rosemarie Fährdrich Burger, Kantonsrätin und Fraktionschefin Alternative, Steinhausen – Bilder BULLETIN

Zur Halbzeit der Legislatur hat die Alternative Fraktion eine Bilanz über die vergangenen beiden Jahre gezogen und die Ziele bis Dezember 2006 festgelegt.

Uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Regierungsrat Hanspeter Uster bedeutet die Fraktionsarbeit sehr viel. Ohne das regelmässige monatliche Zusammentreffen unter Gleichgesinnten wäre die Ratsarbeit kaum zu bewältigen. Es ist erstaunlich, wie effizient und aktiv wir als kleinste Fraktion arbeiten. Wenn wir uns gelegentlich nach unseren Voten im Kantonsrat oder in den Kommissionen mit Personen aus anderen Fraktionen austauschen, geben sie uns inhaltlich oft Recht. Sie begründen aber ihr gegenteiliges Abstimmungsverhalten mit politischen, fraktionsinternen oder anderen Sachzwängen.

Wir sind in den wichtigen Kommissionen Stawiko, Justizprüfungs- und Konkordatskommission nicht vertreten. Das macht es einerseits schwierig, weil die anderen Fraktionen einen Informationsvorsprung haben. Nichtsdestotrotz erarbeiten wir uns die Sachkompetenz und nutzen die damit verbundene Freiheit, um eine pointierte Politik zu machen. Sicher ein Grund, wieso unsere Stellungnahmen von den Medien gut aufgenommen werden.



Rosemarie Fährdrich Burger, Fraktionschefin, Frische Brise, Steinhausen

Als Reaktion auf die SVP-Motion zur Befreiung juristischer Personen von der Kirchensteuer reichte ich im Namen der AF die Motion betr. Erhebung einer Mandatssteuer für juristische Personen anstelle der bisherigen Kirchensteuer ein. Die Interpellation betreffs Jugendarbeitslosigkeit stellt Fragen zur Statistik, zu Brückenangeboten, zum Engagement des Kantons bei der Beschäftigung von Jugendlichen und zum Umgang mit dem Innovationszehntel, welchen das Berufsbildungsgesetz vorsieht. Meine Motion betreffs Radweg von Bibersee nach Oberwil, Cham und einer Velounterführung in Oberwil wurde erheblich erklärt. Die Aufnahme des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer in die Verfassung ist prüfenswert. Im Weiteren sollten Wahlkreisverbände gebildet und der Proporz unbedingt beibehalten werden.



Stefan Gisler, Mitglied erweiterte Stawiko, Präsident SGA, Oberwil

Ich bin gerne Kantonsrat – zwar überzeuge ich mit solidarischer und grüner Argumentation nicht die Ratsmehrheit, aber ich erhalte viele Infos und Debattier-Erfahrung, was meiner politischen Arbeit ausserhalb des Parlaments hilft. Es gilt ja, Volksabstimmungen und nicht Ratsabstimmungen zu gewinnen.

Dass der rechte Block vor den Alternativen Respekt hat, zeigt sich darin, dass er uns zunehmend mit formalen Tricks,

zum Beispiel unsere Motionen nicht überweisen, statt mit Inhalten bekämpft. Als einsamer Rufer im Namen der Alternativen für eine national wie international solidarische und gerechte Steuerpolitik ist es mir gelungen, unser Ja zum NFA, das Nein zum ersten ZFA-Paket sowie unsere Kritik am Steuerdumping im Rat wie in den Medien deutlich zu platzieren (siehe auch Artikel Seite 17). Zugs Steuerpolitik produziert mehr Verlierer als Gewinner, so sind darum die Mieten kaum mehr bezahlbar. Das muss sich ändern, damit in Zug Menschen aus allen Schichten leben können.

Gefreut hat mich, dass die FDP ihre unausgegrenzte, sowohl Bundesgesetz wie Menschenwürde verletzende Asyl-Motion (Ausdehnung Sozialhilfestopp auf alle abgewiesenen Asylsuchenden im Kanton Zug) nach meinem Votum zurückgezogen hat.



Lilian Hurschler-Baumgartner, Gewässerschutzkommission, Gleis 3, Rotkreuz

Erfolge: ernüchternd, dass man lange danach suchen muss! Doppelspur Rotkreuz wieder zum Thema gemacht (mit breiter Unterstützung) Beitrag JumP Zuger Jugendparlament wird gesprochen.

Grösster persönlicher Frust: Rückzug der Initiative Stopp dem Zwang zum Passivrauchen von Tony Stocklin ohne Rücksprache mit dem Abstimmungskomitee.

Wichtigste eigene Vorstösse: Motion für fortgesetzte Förderung von Gebäuderenovationen nach Minergie-Standard. Postulat Doppelspur Cham – Rotkreuz. Motion Jugendschutz beim Verkauf von Tabakwaren.



Anna Lustenberger-Seitz, Spitalkommission, SGA, Baar

Erfolge: Tageszentrum wird gegen den Willen der Stawiko angenommen.

Schwerpunkte: Bildung, Sozial- und Familienfragen, neue Wahlkreise im Kanton Zug (Änderung Wahl- und Abstimmungsgesetz).

Grosser Frust: Änderung Kommissionsbesetzung nach Wählerstärke im Kanton wird abgeschmettert.

Wichtige Vorstösse: Interpellation zur neuen Stundentafel eingereicht, Mitgründerin der IG ganzheitliche Bildung, Einreichen von Initiativen: kein Abbau beim handwerklichen Gestalten, eine Fremdsprache in der Primarschule.



Christian Siegwart, Raumplanungskommission, parteilos, Zug

Erfolge: Gab es die? Wohl eine Frage der Sichtweise! Kleinere Schadensbegrenzungen beim kantonalen Richtplan –

das Parlament zeigte sich leicht gemässiger als die Betonwalzenkommission. Das Ja zum neuen Staatsanwaltschafts-Modell, das die Zuger Justiz im Kampf gegen Wirtschaftsdelikte effizienter machen soll. Die Zustimmung zum Kredit für ein neues Tagesheim für psychisch Kranke – angesichts des schon fast wahnhaften Spareifers im Rat alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Grösster persönlicher Frust: Das Ohnmachtsgefühl – allein gegen alle

zu sein – bei der Beratung des neuen kantonalen Richtplans in der Raumplanungskommission.



Martin Stuber, Kommission für öffentlichen Verkehr, Kommissionspräsident interkantonale Umweltschutzagentur, SGA, Zug

Erfolge: Der Projektierungs- und Planungskredit öffentlicher Verkehr wurde ungekürzt angenommen. Zudem stellte ich den «Sparrekord» beim Budget 2004 auf: auf meinen Antrag hin wurde 1 Million Franken beim Strassenunterhalt gekürzt. Flankierende Massnahmen beim Planungskredit Chamer Kammerkonzept zugesichert. Siedlungsgrenzen im kantonalen Richtplan in der Stadt Zug gehalten.

Grösster persönlicher Frust: Rückkehr in den alten Kantonsratssaal.

Wichtigste eigene Vorstösse: Postulat Doppelspur Cham – Rotkreuz. Interpellation Stadtkernentlastung Zug.



Erwina Winiger, Kantonsratspräsidentin, Kritisches Forum, Cham

Rückblick: Gründung der IG ganzheitliche Bildung. Starten und Einreichen der beiden Initiativen «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe» und «Kein Abbau beim handwerklichen Gestalten». Die Motion in der Gemeinde Cham zur Aufhebung der Parkplätze an der Seestrasse entlang der Schlossmauer sowie zur Parkplatzbewirtschaftung beim Strandbad Cham wurde im April

2005 an der Gemeindeversammlung gutgeheissen und ist jetzt in der Umsetzungsphase. Ein Höhepunkt war meine Wahl im Dezember 2004 zur ersten alternativen Kantonsratspräsidentin.

Ausblick: In meiner Tätigkeit als Kantonsratspräsidentin, vor allem bei repräsentativen Aufgaben, werde ich als Vertreterin der Alternativen wahrgenommen. Ich fungiere als eine Art Aushängeschild und Netzwerkerin. Dadurch hoffe ich, einen Beitrag für erfolgreiche alternative Politik und auch für erfolgreiche Kantons- und Regierungsratswahlen im Herbst 2006 zu leisten.



Berty Zeiter, Strassenbaukommission, Begleitkommission Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget «Pragma», Kommissionspräsidentin Änderung Gesetz Organisation Staatsverwaltung, SGA, Baar

Erfolge: Als Quereinsteigerin ist es mir gelungen, mich schrittweise in die Themen einzuarbeiten und die Freude am politischen Engagement zu steigern.

Persönlicher Frust: Die neue Masche der Bürgerlichen, Motionen von unserer Seite vorzeitig abzublocken. Die Einsicht, dass gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter häufig und ungeniert Partikularinteressen – vor allem die von Wirtschaftsanwälten und Baufirmen – vor die Interessen der Allgemeinheit stellen.

Eigene Vorstösse: Interpellation zu Stand und Förderung der Palliative Care im Kanton Zug

Motion Zweckmässigkeitsstudie Bypass Neufeld – Inwil statt Tangente Neufeld. ■

Intensive Sommersession

Lehrstellennot, Gentech-Initiative, Tierschutz, Rüstungs- und Sparprogramm, Panzer- und andere Waffengeschäfte, zu diesen und weiteren Fragen hat der alternative Nationalrat in der Sommersession des Nationalrates interveniert.

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug – Bilder Adelina Odermatt und istockphoto.com

Da die Session mit einer 92:92-Abstimmung bei der Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechfreier Landwirtschaft» endete, beginne ich meinen Bericht mal von hinten.

Gentech, Lehrstellennot, Zivildienst, Waffenausfuhr

17. Juni: Die Ratspräsidentin Thérèse Meyer gab den Stichentscheid für das Nein zur Gentech-Initiative. Aber eine Initiative, die derart knapp abgelehnt wird, hat erfahrungsgemäss grosse Chancen an den Urnen. Obwohl ich der einzige Zuger Bundesparlamentarier bin, der das vom Bauernverband mitgetragene Volksbegehren unterstützt, glaube ich, dass die Mehrheit der Zugerinnen und Zuger ja stimmen werden. Ein Grund für den Optimismus liegt im relativ grossen Gewicht des biologischen Landbaus im Zugerland.

16. Juni: Der Tag beginnt um 6 Uhr mit einem parlamentarischen Jogging. Übrigens ist die SVP auch im engsten Sinne des Wortes die unsportlichste Fraktion... Eines der letzten Themen, das der Nationalrat behandelte, war die Lehrstellennot. In dieser Frage arbeitete ich als Sprecher der Grünen Fraktion eng mit der Berufsschulkollegin Chantal Galladé (SP ZH) zusammen. Mein Hauptaugenmerk richtete ich auf die Schaffung von Basislehrjahren: «Seit

gut 23 Jahren unterrichte ich als Berufsschullehrer an einer Baugewerblichen Berufsschule. In diesen zwei Dutzend Jahren war die Lehrstellennot noch nie derart lang andauernd und derart dramatisch. Ein wichtiger Grund liegt im Umstand, dass neue Betriebe in neuen Branchen nur noch wenige Lehrstellen anbieten. Gerade solchen Betrieben erleichtern Basislehrjahre den Einstieg in die berufliche Grundbildung. Darüber hinaus haben sie beispielsweise Informatikfirmen dazu animiert, den vollen Einstieg in die Berufsbildung zu machen.»

Am gleichen Tag habe ich ein von 80 Nationalrätinnen und -räten aus allen Fraktionen (ausser der SVP) unterzeichnetes Postulat zum Zivildienst eingereicht. Es verlangt, dass die vor gut einem Jahr neu eingeführte Abgabepflicht für gemeinnützige Betriebe wieder abgeschafft wird. Viele Non-Profit-Organisationen, beispielsweise die Caritas, können keine «Zivis» mehr einstellen, weil es für sie zu teuer geworden ist.

15. Juni: Ich reiche eine in der Linken stark abgestützte Interpellation zur auf-

fälligen Zunahme der Rüstungsexporte ein. Zusätzlich verlange ich, dass bei den (zivil und militärisch verwendbaren) «Dual-Use»-Gütern, die dem Kontrollgütergesetz unterstehen, ebenfalls jährlich die Ausfuhrzahlen veröffentlicht werden, wie das bei den dem Kriegsmaterialgesetz unterstellten Waffen der Fall ist.

14. Juni: In meinem Votum zugunsten der Gentechfrei-Initiative mache ich eine Analogie zwischen der Debatte über die Rettung des Zugersees in den späten 1980er Jahren und der laufenden Debatte über gentechveränderte Lebensmittel (siehe Kasten).

Pro-USA-Wende und Baselbieter Kirsch

13. Juni: Ich reiche eine Einfache Anfrage ein zu den Panzerexporten nach Pakistan und in den Irak. Noch im März hatte Bundesrat Deiss meine Frage «Panzer in den Irak?» indigniert als Unterstellung zurückgewiesen. In der Zwischenzeit wurde bekannt, dass der vordergründige Käufer, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), die 180 Pan-



Bereit zum Waffenexport in den Irak?



Der Natur immer mehr ins Handwerk pfuschen?

zer dem Irak weiterschicken will. Die Lieferungen in den Irak und nach Pakistan hängen aus meiner Sicht eng zusammen mit der proamerikanischen Wende in der Aussenpolitik.

9. Juni: Meine am Vortag eingereichte Interpellation zum Vorpreschen der schweizerischen Aussenpolitik in der Kosovo-Frage, über die der Tagesanzeiger prominent berichtet, bietet regen Diskussionsstoff. Dabei stehen drei Fragen im Mittelpunkt:

- Welche Folgen für die ethnischen und politischen Minderheiten hat das Abrücken von der bisherigen (von der EU weiterhin vertretenen) Position, dass zuerst die Menschen- und Minderheitenrechte garantiert sein müssen, bevor die Statusfrage des Kosovo angegangen wird?

- Vergibt sich die Schweiz mit dieser parteiischen Haltung nicht die Chance, in zukünftigen Verhandlungen ihre guten Dienste einzusetzen?

- Hat der schweizerische Wechsel von der europäischen zur US-amerikanischen Haltung zu tun mit der Pro-USA-Wende des Bundesrates?

8. Juni: Im Rahmen der Tierschutzdebatte stelle ich zuerst mit Freuden fest, dass die SVP laut Marcel Scherer nur Volksinitiativen unterstützt, die zu internationalen Abkommen in keinem Widerspruch stehen. Dann begründe ich, warum es ein griffigeres Tierschutzgesetz braucht. Und drücke die Hoffnung aus, dass die Tierschutzinitiative, welche den gläubigen Juden und Muslimen die

Einfuhr von Koscher- und Halalfleisch verbieten will, zurückgezogen wird. «Die Volksinitiative ‚Für einen zeitgemässen Tierschutz‘ könnte ich in fast allen Punkten unterstützen. Fragwürdig finde ich die Ausweitung des Schächtverbots. Es muss den InitiantInnen klar gewesen sein, dass sie es all jenen TierschützerInnen, denen die Grundrechte religiöser Minderheiten ebenso wichtig sind, unmöglich machen, ihr Volksbegehren zu unterstützen. Es muss ihnen auch klar gewesen sein, dass sie im Abstimmungskampf jüden- und muslimfeindliche Gefühle abrufen.»

Am Nachmittag führt uns der Fraktionsausflug ins Baselbiet auf den Bio-Bauernhof von Maja Graf. Ihr Vater, ein ehemaliger SVP-Kantonsrat und rüstiger Kirschbrenner, zündet mich an wegen dem berühmt-berüchtigten Kirschstängeli-Test. Dass ein Zuger ihm eine Flasche Kirsch abkauft, freut ihn besonders.

Kultur, Kulturloses, Militärisches

7. Juni: Den Vormittag verbringe ich hauptsächlich mit Unterschriftensammeln. Wie immer ist am Dienstagnachmittag Fraktionssitzung. Unser Hauptthema ist die Kulturpolitik, zu der wir grüne Kulturschaffende eingeladen haben. Allerdings geht es mir in der Diskussion zu viel ums Geld und zu wenig um den Geist.

6. Juni: Der zweite Montag ist der strengste Tag der ganzen Session. Zuerst geht

es in der Fragestunde um den von der Armee in den Rekrutenschulen verbreiteten dümmlich-sexistischen «Rekrutenguide». Eine kleine Kostprobe gefällig? «Und bitte, bitte, achtet darauf, dass Ihr nach einem Schäferstündchen in einer Seitengasse wieder mit einem ordentlichen Tenue herumläuft!!!» Verteidigungsminister Schmid verteidigt die Hochglanzbroschüre, in der Frauen abgesehen von Ausnahmen nur als Sexualobjekte vorkommen, als jugendgerecht. Es ist eine allgemeine historische Erfahrung, dass Institutionen, deren Zeit abgelaufen ist, auch ethisch verlüdern.

Danach kämpfe ich als Sprecher einer Minderheit, der auch die SP-Nationalrätin Valérie Garbani angehört, gegen das Rest-Rüstungsprogramm. Ich bedaure, dass der Bundesrat den Absturz des Programms in der Märzsession nicht als Chance gepackt hat, auf ein solches zu verzichten und ein einjähriges Moratorium vorzuschlagen. Obwohl das Rüstungsprogramm nur von der Grünen Fraktion abgelehnt wird und die Sicherheitspolitikerinnen und -politiker der SP für Leereinlegen sind, stimmen 44 Ratsmitglieder und damit mehr als die Hälfte der SP-Fraktion mit uns dagegen.

Bei der Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes im Kosovo, wo ich eine Minderheit vertrete, der André Daguët angehört, weise ich darauf hin, dass von den 120'000 Roma, die 1999 im Kosovo lebten, 112'000 von UCK-Nationalisten vertrieben und verdrängt wurden, und das unter den Augen von Zehntausenden von so genannten «Friedenssoldaten».

Beim Thema «Neuorganisation des Nachrichtendienstes» vermisste ich im Namen der Grünen Fraktion das Einsichtsrecht für betroffene Bürgerinnen und Bürger. Weiter fordere ich, dass die Schweizer Geheimdienste mit keinen Gemeindendiensten «Partnerschaften» pflegen, die oder deren Staaten die Menschenrechte verletzen oder sich um das Völkerrecht foutieren. Schliesslich kriti-

schiere ich die Weigerung, die dunkle Vergangenheit aufzuarbeiten, beispielsweise mittels einer Veröffentlichung des Cornu-Berichtes über die Zusammenarbeit der schweizerischen Geheimarmee P-26 mit Nato-Geheimarmeen.

2. Juni: Frühmorgens um 7 Uhr besuche ich die Veranstaltung der Schweizerischen Jugendverbände. Mit Pascale Bruderer (SP AG) übernehme ich die Aufgabe, uns für den Erhalt des Turnunterrichts in der Volksschule und an den Berufsschulen stark zu machen. Danach reiche ich die Motion «Aufhebung der Wehrpflicht und Schaffung eines freiwilligen Sozial- und Friedensdienstes» ein. Der Vorstoss verfolgt drei Ziele:

- Abschaffung der überholten Wehrpflicht
- Eine Alternative zu der aus CVP-Kreisen lancierten allgemeinen Dienstpflicht
- Fokussieren der Wehrpflicht-Diskussion auf zivile Alternativen statt militärische Pseudolösungen (wie Freiwilligenarmee).

Das die Motion ergänzende Postulat verlangt die «Förderung der zivilen Friedensförderung». Insbesondere soll der Bundesrat dabei eine allfällige Aufhebung der Wehrpflicht berücksichtigen.

1. Juni: Frühmorgens ist die Sitzung der Rehabilitierungskommission, der National- und Ständeräte angehören. Wir rehabilitieren weitere 10 damals verurteilte Fluchthelferinnen und -helfer.

Im Rahmen der Debatte um das so genannte «Entlastungsprogramm» unterstütze ich als Fraktionssprecher die Minderheitsanträge der beiden Grünen Therese Frösch und Luc Recordon: «Das Fortkommen unseres Landes und in unserem Land hängt nicht von den Ausgaben für die Landesverteidigung ab. Das Fortkommen hängt viel mehr von der Bildung oder vom öffentlichen Verkehr ab.» Therese verlangte, dass bei der Entwicklungshilfe, im Asylbereich, bei der Bildung und Forschung sowie beim öffentlichen Verkehr auf Sparübungen

verzichtet, dafür bei der Rüstung umso mehr gespart wird. Luc schlug einen dreijährigen Ausbildungsstopp bei der Armee vor, womit jährlich mehr als eine halbe Milliarde gespart werden könnte.

Trauriger Sessionsbeginn

31. Mai: Am Vormittag sammle ich Unterschriften für eine Interpellation über Blochers Absicht, irakische Flüchtlinge auszuweisen. Dabei stütze ich mich auf die Informationen von Hanspeter Roth und Hanspeter Uster. Brisant ist, dass Blocher in einem Schreiben an Uster den Eindruck erwecken will, seine Haltung sei durch die Flüchtlingsorganisation UNHCR gedeckt. Am Nachmittag begrüssen wir an der Fraktionssitzung

Ökologische Wurzelbehandlung statt technokratische Symptombekämpfung

«(...) Die damalige Diskussion in meinem Kanton über die Rettung des Zugersees hat eine Parallele zur heutigen Beratung des Gentech-Moratoriums. Mit gesundem Menschenverstand war jedem klar, dass der See nur mit Wurzelbehandlung zu heilen war. Also: weniger Chemie! Stattdessen schlugen der homo oeconomicus, der fette Bauprofite witterte, und sein Zwillingsbruder, der homo tecnocraticus, ein 60 Millionen Franken schweres Projekt für eine Ableitung von Wasser aus dem Vierwaldstättersee in den Zugersee vor.

Die Entschädigung der Zuger Bäuerinnen und Bauern für umweltschonendes Bauern war wesentlich billiger zu haben. So entstand das Projekt zur Förderung des biologischen Landbaus. Der biologische Landbau hat sich in der Zwischenzeit zu einem wichtigen Standbein der Lebensmittelbranche entwickelt.

Was die Gentech-Konzerne heute der Welt anbieten, ist eine Scheinlösung, ist blosses Symptombekämpfung - wie da-

Francine John-Calamé, die Nachfolgerin des in die Neuenburger Regierung gewählten Fernand Cuche. Francine hat einen sozialpolitischen Hintergrund.

30. Mai: Der erste Halbtage der Session steht stark im Zeichen des Abschiednehmens. Schmerzlich ist der Abschied von Jost Gross, der bei einem Spiel des FC Nationalrats tödlich zusammengebrochen ist. Jost hatte ich vor knapp einem Jahr eingeladen, vor der Zuger Linken das Nein zum NFA zu vertreten, was er dann auch gemacht hat. Mit Jost, der ein Lesefreak war, pflegte ich Texte über Gott und die Welt auszutauschen. Der Bauernführer Fernand Cuche, mit dem ich das Weltsozialforum in Porto Alegre besucht hatte, wurde in die Neuenburger Exekutive gewählt. ■

mals die Idee der Wasserableitung aus dem Vierwaldstättersee. So werden mittels gentechnischen Eingriffen Pflanzensorten auf Spritzmittel-Toleranz getrimmt, weil die Monokultur-Landwirtschaft an ihre ökologischen Grenzen stösst. Gescheiter wäre es aber, die einseitige Bewirtschaftung, die zu Bodenerosion und Grundwasservergiftung führt, durch eine vielseitigere und umweltverträglichere Produktion abzulösen. Die in einem beschränkten und überholten Denkmodell gefangene Gentechforschung ist einseitig schadensorientiert; Probleme betrachtet sie isoliert. Eine echt moderne Forschung orientiert sich am Gesamtsystem und versucht Ursachen zu klären statt Symptome mit punktuellen Eingriffen zu bekämpfen.

In der Schweiz hat die Landwirtschaft eine bemerkenswerte Reform eingeleitet. Umweltschutz und Tierwohl gehören zu den Zielen einer Agrarpolitik, die Nachhaltigkeit anstrebt. Zu dieser passt die Agro-Gentechnik ebenso schlecht wie die Grosstechnologie zu einem See. (...)»

Josef Lang im Nationalrat am 14. Juni 2005

Uster vs. Blocher

«Uster gegen Blocher» titelte die Sonntagszeitung am 5. Juni 2005.

Worum gehts? Regierungsrat Hanspeter Uster erklärt.

Hanspeter Uster, Regierungsrat Alternative (SGA), Baar – Bild istockphoto.com

Im Jahr 2003, nachdem sich die Lage im Irak verschärft hatte, beschloss das damalige Bundesamt für Flüchtlinge, dass laufende und zu diesem Zeitpunkt bereits angesetzte Ausreisefristen für Asylsuchende aus dem Irak hinfällig werden. Seit Anfang 2005 erhalten Asylsuchende aus dem Irak vom Bundesamt für Migration (BFM) nun aber die Aufforderung zur Ausreise, obwohl ein zwangsweiser Vollzug der Wegweisung in den Irak nicht möglich ist. Die Ansetzung der Ausreisefristen für Asylsuchende

Ausbau des Staatsschutzes? Uster und Lang klar dagegen

15 Jahre nach der Fichenaffäre soll das präventive Abhören von Telefongesprächen wieder erlaubt werden. Im Justizdepartement rechnet man mit «einigen Dutzend» Überwachungen pro Jahr und arbeitet in einer Arbeitsgruppe mit Hochdruck an der Gesetzesrevision. Dieser gehört auch Hanspeter Uster an, der sich aber bereits früher ablehnend gegenüber diesen Plänen geäußert hat. Im Vordergrund der Revision stehen die präventive Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs sowie von Privaträumen und den Einsatz verdeckter Ermittler. All dies ist heute nur im Strafverfahren erlaubt, wenn also ein konkreter Verdacht auf ein Verbrechen vorliegt. Weil das mehr Personal benötigt und diese Stellen im Justizdepartement eingespart werden müssen, hegen Kritiker eine Befürchtung: «Da könnte man auf die Idee

aus dem Irak erfolgt jedoch gegen den ausdrücklichen Willen des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR), denn es ersucht die Gastländer nicht nur, bei irakischen Asylsuchenden von zwangsweisen Rückschaffungen abzu- sehen, sondern auch die Asylsuchenden mit finanziellen Unterstützungen oder Anreizen dazu zu verleiten, «freiwillig» in den Irak zurückzukehren. Indem der Bund nun neu Ausreisefristen ansetzt, fallen Arbeitsbewilligungen dahin, weshalb Asylsuchende auf Unterstützung des Staates angewiesen sind. Könnten sie weiterhin arbeiten, gäbe es für den Bund keine zusätzlichen Kosten.

Brief an Bundesrat Blocher

In einem Brief an Bundesrat Blocher wies ich auf die Lagebeurteilung des UNHCR hin. Diese lautet: «While fully apprecia-

kommen, das Personal bei der Bundesanwaltschaft und -kriminalpolizei ab-zuziehen», schrieb der Zuger Sicherheitsdirektor Hanspeter Uster schon im letzten Dezember im «Tages-Anzeiger». Anders ausgedrückt: Uster befürchtet eine Schwächung der Strafverfolgung, deren Telefonüberwachungen richterlich überprüft werden müssen, und eine Stärkung des Staatsschutzes, der undurchsichtige Abhörungen betreibt. Uster stellt die Gesetzesrevision grundsätzlich in Frage. Gerade beim Terrorismus stelle das Strafgesetzbuch bereits Vorbereitungshandlungen und die Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation unter Strafe, schrieb er darin. Nun solle der präventive Staatsschutz auch «das Vorfeld des Vorfelds» beackern dürfen. Das sei rechtsstaatlich höchst bedenklich. Nationalrat Josef Lang prüft nun einen Vorstoss in dieser Frage.

Quelle: NZZ am Sonntag, 1. Mai 2005.



Rauer Wind bläst den Iraker Flüchtlingen entgegen.

ting the burden that displaces populations place on host societies, the lack of safety – particularly of physical and material safety – forces UNHCR to refrain from promoting voluntary repatriation to Iraq» (Iraq Operation 2005: Supplementary Appeal des UNHCR vom Februar 2005).

Und so ersuchte Uster, dass der Bund die Möglichkeiten des Asylgesetzes ausschöpft und den Kantonen ermöglicht, diesen Asylsuchenden die Bewilligung zur Erwerbstätigkeit über den Ablauf der Ausreisefrist hinaus zu verlängern, da besondere Umstände dies rechtfertigen. Denn die Lage im Irak ist gemäss der Einschätzung des UNHCR weiterhin instabil und prekär. Bundesrat Blocher entsprach diesem Gesuch nicht und berief sich dabei auf eine vom UNHCR abweichende Einschätzung der Lage. Mit einer Interpellation hat Nationalrat Josef Lang dem EJPD einige Fragen dazu gestellt (siehe www.parlament.ch, dann weiter unter «Ratsmitglieder», «Lang Josef», «Geschäfte, welche Josef Lang eingereicht hat», «Irakische Flüchtlinge», Titel «Widersprüche zwischen BFM und UNHCR»).

UNHCR gegen Wegweisungen

In seinem Schreiben auf eine Anfrage aus dem Kanton Zug wird seitens des EJPD-Vorstehers nämlich der Anschein erweckt, das UNHCR habe an einem gemeinsamen Treffen dem entsprechenden Vorgehen des BFM zugestimmt. Das UNHCR stellt auf Anfrage dagegen klar, dass die zitierten Richtlinien weiterhin Gültigkeit haben und von Wegweisungen in den Irak dringend abzusehen ist. ■

Über den eigenen Schatten gesprungen

Den Wandmalereien des bedeutenden Expressionisten Fritz Pauli in der Kapelle des Kantonsspitals (1937/38) droht der Abriss. Gegen provinzielle Bedenken durchgeboxt von Landesverteidiger Philipp Etter, eignen sie sich, den Ruf des umstrittenen Zuger Politikers aufzuhellen. Ein Plädoyer zur Erhaltung eines relevanten Kunstwerks, dessen Genese an die Leidensgeschichte um Ferdinand Gehrs Oberwiler Malereien erinnert.

Adrian Hürlimann – Bilder Adelina Odermatt

Dass ein wichtiges Vermächtnis von Fritz Pauli im Zuger Spital zu finden sei, darauf hatte mich schon mein Zeichenlehrer in der Kanti, Otto Hellmüller, hingewiesen. Aber auch nach der umfassenden Ausstellung des druckgraphischen und malerischen Werks des berühmten Schweizer Expressionisten 1994 im Zuger Kunsthaus war ich nie hingegangen, um mir die Sache genauer anzusehen. Das änderte sich diesen Frühling, als die Diskussionen um die Neuüberbauung des Areals dringlichere Formen annahmen.

Entrückter Seeblick

Ich stieg die Treppen im alten Keiser-Bracher-Bau von 1934-37 hinauf, im damals umgebauten Teil des ehemaligen Bürgerspitals, um im zweiten Stock neben der Gynäkologie, da wo immer spielende Kinder anzutreffen sind, einen faszinierenden Raum der Stille mit imaginärem, weil durch Farbglass entrücktem Seeblick zu betreten. Fürbittenbuch, Holzstühle und Spuren von ehemals festgeschraubten Bänken auf dem Korkboden, Harmonium und Klavier, ein silbergeschmiede-

ter Tabernakel, die Ecke rechts vom Altar stark gerundet, die Tür über dem Durchgang zum Umkleideräumchen ebenso. Art-Déco-Atmosphäre atmete das alles, Dreissigerjahre pur, es erinnerte mehr an die Radio City Music Hall oder an eine Hollywoodvilla als an die Innerschweizer Sakrallandschaft. Das lag wohl an der ziegelmauerartig gemusterten Glaswand, die ein pastellmildes Licht in Gelb, Mauve und Hellgrün in den intimen Raum fluten liess.

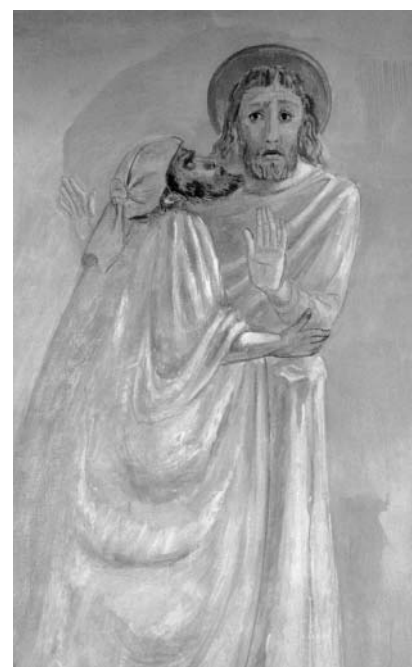
Stumme Schreie

Dann erst fiel mein Blick auf die Wand hinter dem Altar, die eine Kreuzigungsszene ganz ausfüllte, deren brutale Schmerzensymbolik mit den zarten, an uralte Fresken erinnernden Farben kontrastierte. In den wie stumme Schreie Aufmerksamkeit erregenden Gesten der drei Figuren um den Gekreuzigten, aber auch in dem spiralförmig verdrehten Körper, dem in die Waagrechte der Arme gekippten Haupt des Erlösers, aus dessen Gesicht jede Spur von Leben gewichen war, aus der gesamten bizarren Schreckensszenerie trat mir jener Fritz Pauli entgegen, dessen expressives Frühwerk ich von vielen Radierungen und Tafelbildern her kannte und schätzte.

Spätestens jetzt wich alles Süssliche, das die weltliche Atmosphäre der Spitalarchitektur hätte nahe legen können, alles Dekorative und Harmonisierende, und übrig blieb eine individuell und modern angeeignete Verbildlichung des Leidenswegs des Gottessohns, farbtechnisch angenähert an die milde Patina südlicher Renaissance-Welten. Die Seitenwand aber nahmen die Stationen des Kreuzwegs ein, alle Figuren in Lebensgrösse und ungewohnt nah: Christus am Ölberg, Judaskuss, Verspottung Christi, Veronika mit Schweisstuch, Kreuzträger. Der Engel über der Eingangstür gleich Paulis Sohn, wie er in vielen Bildern und Radierungen der Zeit – die Ma-

lereien entstanden 1937/38 in Cavigliano – anzutreffen ist.

Niemand unter den Ärzten und Kulturtätern, die ich fragte, schien die Kapelle zu kennen – ausser Restaurator Manu Hebeisen, der vor fünf Jahren zur Behebung von Wasserschäden aufgeboten worden war. Er verwies mich auf die Bürgerratsprotokolle, welche die Baugeschichte dokumentieren. 1936 schlugen die Architekten des Bürgerspitals Pauli vor, der damals bereits nationalen Ruhm genoss. Geboren 1891 in Bern, bildete er sich nach einer Flachmalerlehre autodidaktisch weiter, arbeitete für Otto Haberler (der das «Adelheid» ausgemalt hatte), war Bundesstipendiat, pendelte zwischen München und Zürich und wurde bekannt mit seinen expressiven Grafikerien, die auch in Deutschland erfolgreich herausgegeben wurden und auch von Kirchner himself geschätzt waren, der damals als Guru auf der Stafelalp bei Davos lebte. Pauli hat viel am Zugersee aquarelliert, er wollte im Böschenrot ei-



Judaskuss.

ne Radierstudie bauen, liess sich dann aber in einer Rusticosiedlung in Cavigliano nieder.

«Zu extrem neuzeitlich»

Bürgerpräsident Emil Weber, Malermeister und TMGZ-Präsident, führte einen anonymen Spender ins Feld, womit er die sofortige Auftragserteilung absicherte. Ein geschicktes Manöver, denn der Donator war er selbst. Zudem brachte er Bundesrat Etter ins Spiel, zu dem er mit Pauli reiste. Der Kulturminister musste Pauli, der 1936 in der Jury der nationalen Kunstaussstellung sass und daran teilnahm, gekannt haben und befürwortete den Auftrag mit dem Hinweis, Pauli sei ein «vollwertiger Künstler» und einen guten Preis wert. Weber betonte, dass eine moderne Malerei angezeigt sei in einer modernen Spitalanlage. Allein, der Protokollführer notierte: «Natürlich müsste bei der Ausgestaltung darauf geachtet werden, dass die Malerei nicht zu extrem neuzeitlich gestaltet würde.» Armenverwalter Johann Weiss befürchtete allzu Modernes und vermisste Kirchenmalerisches im bisherigen Oeuvre, und die ersten Skizzen missfielen ihm auch. Spitalverwalter Albert Weiss wollte die Kartons vor der Ausführung einsehen, um «allfällige Wünsche» anbringen zu können.

Finanzverwalter E. Schwerzmann gerieten die Skizzen zufällig in der Kapelle vor die Augen, und er sei «davon nicht entzückt gewesen»; wir hätten «am Platze einen Kunstmaler ersten Ranges, Fritz Kunz» (der die St.-Michaelskirche ausgemalt hatte), dem habe er die Kapelle gezeigt. Und: «Kunz äusserte sich, dass er sich nicht in Konkurrenz einlasse, die Kunst spreche aber für ihn». Weber beschwichtigte die Ratskollegen mit dem Hinweis, es gebe einen «Unterschied zwischen modern und expressionistisch», und den verstehe auch Etter sehr gut. Nur dank Etter und Walter Vinassa vom Bernischen Kunstverein



Engel über der Eingangstür.

konnte Weber die Sache zu Gunsten des fremden und erst noch protestantischen Fötzels entscheiden, unter Hinweis auf die Finanzkompetenzen des Präsidenten und heftig mit dem Donator-Zaupfahl winkend. Und mit dämpfenden Korrekturen natürlich, angefangen beim dunklen Hintergrund, der aufgehellt werden musste.

Verhältnisblödsinn? Wie man's nimmt!

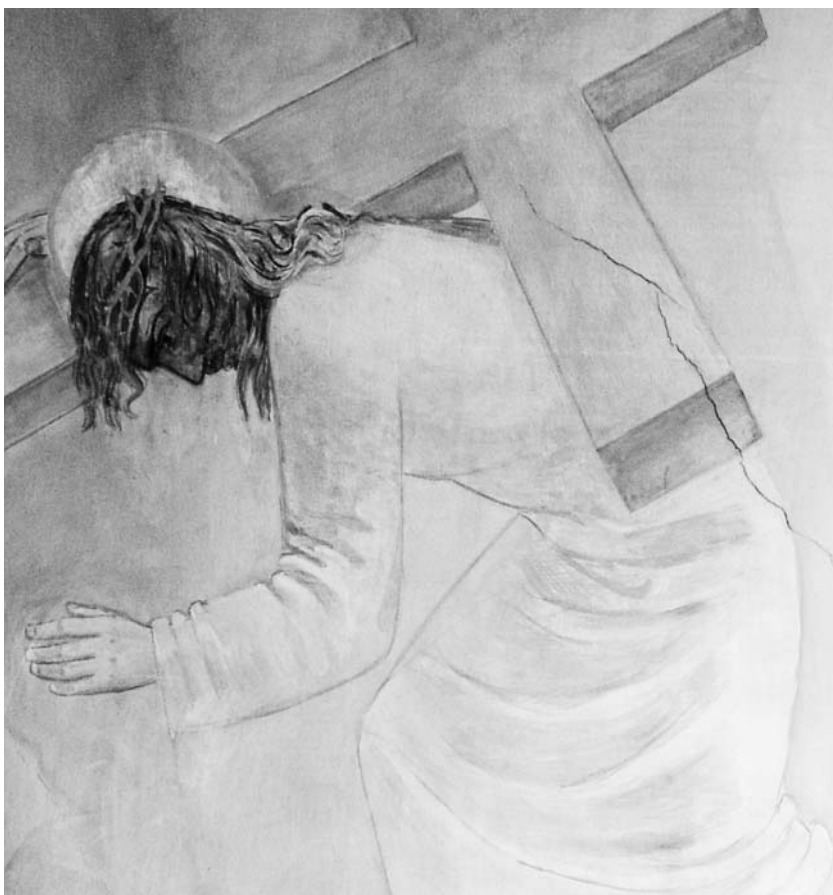
Und jetzt, wie geht's weiter mit diesem Zeugnis nationaler Kulturpolitik, das über zwanghaftes Mittelmass plus Pathos triumphierte? «Wir sind nur der Mieter, und in vier Jahren ziehen wir aus», sagt Robert Bisig von den Spitalbetrieben. Denkmalpfleger Georg Frey hat bereits einen Augenschein vorgenommen und ist zum Urteil gekommen, dass eine Ablösung der gesamten Malereien unverhältnismässig wäre. Am Schluss verschwinde doch alles nur in einem Magazin. Besser wäre es, die Kapelle gleich stehen zu lassen. Dass die Sicherung der Leinwand, die mit einem öligen Leim auf die Wand geklebt wurde und deshalb samt dem Verputz abgelöst werden müsste, eine teure Angelegenheit sei (von 50'000 Fr. an aufwärts), das hatte mir schon Hebeisen versichert.

Urs-Beat Frei, Konservator des Museums in der Burg, winkt entsetzt ab, als ich nach Möglichkeiten einer Platzie-

rung der Malereien in seinem Hause sondiere. Die liturgischen Bedürfnisse hätten sich geändert, eine Überführung in eine andere Kapelle, etwa im neuen Altersheim, sei deshalb schwierig, eine Exposition in einem musealen Zusammenhang vielleicht eher möglich. Ähnlich beurteilt dies Johannes Stückelberger, Dozent an der Uni Basel und Präsident der Lukasgesellschaft, welche die Interessen einer Reihe von christlichen Künstlern vertritt und Fragen des Verhältnisses von Kunst und Kirche reflektiert. Schmerzensmänner seien nicht mehr beliebt, in reformierten Gotteshäusern sei man längst daran gegangen, sie abzuhängen. Das reifere Werk Paulis könne aber nicht als unbedeutend abgeschrieben werden, selbst wenn eine Verflachung festzustellen wäre. Paulis Eintrag im Biografischen Lexikon der Schweizer Kunst nehme immerhin zwei Spalten ein.

Nicht erhaltenswert?

Beim Kantonalen Hochbauamt werde ich an Robert Jehli verwiesen, Projektleiter des Investorenwettbewerbs für das Kantonsspitalareal. Die Besichtigung mit der Dankmalpflege habe ergeben, dass die Pauli-Malereien nicht erhaltenswert seien. Natürlich habe man im Wettbewerb die Option eingebracht, den Keiser-Bräcker-Bau zu erhalten, etwa im Hinblick



Fall Jesu.

auf einen Umbau zu einem Fünf-Stern-Hotel. Für das Potthof-Wandbild im Neubau habe man eine Offerte eingeholt, das Abtragen der Oberfläche würde 50'000 bis 80'000 Fr. kosten.

Schliesslich gelange ich an den preisgekrönten Kunstgeschichtler Roman Kurzmeier, der die Monografie über

Pauli anlässlich der Zuger Ausstellung 1994 herausgegeben hat. Nein, die Zuger Arbeiten dürften keineswegs zum Spätwerkgezählt werden. Klar, im Klima der Vorkriegszeit seien expressionistische Themen nicht mehr gefragt gewesen, aber der Spitalzyklus sei einer Periode gewichtiger Malerei zuzuordnen, ei-

ner reifen Periode, in der etwa das Selbstbildnis von 1934 entstanden war. Er weist darauf hin, dass Pauli überall gesammelt wurde (Aarau, Basel, Zürich, Bern, Eidg. Kunstsammlung), dass er im Historischen Lexikon der Schweiz seinen Eintrag habe, dass er in der internationalen Geschichte des Expressionismus als einer der herausragenden Vertreter der Schweiz gelte. Kurzmeier plädiert dafür, eine Pauli-Experten-Gruppe einen Augenschein vornehmen zu lassen (mit Stückelberger, Paul Müller vom SIK usw.) und unbedingt einen Kostenvoranschlag zur Ablösung und Erhaltung der gesamten Malereien in Auftrag zu geben. Die Sicherung und Erhaltung sei vordringlich, um die Möglichkeit einer späteren Ausstellung (alle Museen der Schweiz bieten sich an) zu haben.

In Zug kommt noch die Dimension der etterschen Kulturpolitik hinzu. Ist uns wenigstens die Spurensicherung der Geistigen Landesverteidigung in Eters Heimatkanton einige Franken wert? Der Ball liegt beim Denkmalpfleger. ■

Vater der Geistigen Landesverteidigung

Dass Bundesrat Philipp Etter, Vorsteher des EDI 1934-59, ständestaatlich und antisemitisch dachte und handelte, dass er 1940 Mitautor der defätistischen Rede von Pilet-Golaz war, dass sein Ruf als grosser Staatsmann relativiert werden muss, das hat Jo Lang in diesem Blatt 1995 überzeugend nachgewiesen. Es gibt aber auch den anderen Etter, den Architekten der Geistigen Landesverteidigung. Der hat die schweizerische Kulturpolitik sozusagen erfunden, beginnend mit der Anerkennung des Rätoromanischen als vierte Landessprache, vor allem aber mit der Botschaft zur Schaffung einer Schweizerischen Kulturpolitik vom Dezember 1938, wenige Monate vor Eröffnung der

erfolgreichen Landi. Darin wertete er die Freiheit des Individuums höher als eine «staatlich diktierte und dirigierte Kultur». Als politische Willensnation antwortete die Schweiz mit viel Pathos auf die totalitären Herausforderungen des unterjochten Europa. «Einheit in der Vielfalt» hiess das Motto einer mythisch begriffenen Volksgemeinschaft, die sich aus einer geografisch definierten Einheit der «drei grossen geistigen Lebensräumen des Abendlandes» ergab, der Gotthard als Zentrum der unbezwingbaren Alpen in ihrer Mitte. Drei Landessender (der Militärzensur unterstellt) übernahmen die PR, die wöchentliche Filmwochenschau kämpfte gegen die Nazi-Propaganda der UFA an, die Pro Helvetia wurde der Motor der nationalen Kulturförderung, die Film-

förderung inszenierte die verteidigungswillige Insel der Freiheit («Die letzte Chance»), das Heimatwerk sorgte für corporate identity, der staatsbürgerliche Unterricht straffte den föderalistischen Wildwuchs der Schulen. Natürlich glichen diese Inhalte und Symbole der bekämpften faschistischen BluBo-Ideologie, natürlich wurden wir das Reduit nach dem Krieg nicht mehr los - aber progressive Tendenzen gab es auch, sogar beim Chef selbst: Etter unterstützte die Emigration der Wotrubas nach Zug, setzte sich für Pauli ein - wobei er sicher über den eigenen Schatten springen musste - und verpflichtete ihn gleich für die Landi (Wandbild «Caritas Christi urget nos»).

Wotruba steht im und vorm Kunsthaus. Pauli noch nicht.

Von hier an blind

Ideologie macht blind. Und so schlägt der Regierungsrat im Rahmen der Steuergesetzrevision weitere Steuersenkungen für die Reichsten vor. Die Alternativen sagen Nein zu dieser einseitigen Standortpolitik und werden wohl bald Unterschriften für ein Volksreferendum sammeln.

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative (SGA), Mitglied erweiterte Staatswirtschaftskommission, Zug

Der Kanton Zug schloss 2004 mit einem Überschuss von 45,5 Millionen Franken. Das weckt Begehrlichkeiten – einige Bürgerliche (vor allem Wirtschaftsanwälte und Treuhänder) wollen ihrer reichen Klientel nach den Steuergeschenken durch die Steuerrevision 2000 nun noch tiefere Steuern beschern. Die Regierung hat dem Druck nicht standgehalten. Noch anfangs Jahr schrieb sie zur geplanten Steuerrevision, «punktueller Steuersenkungen vorzunehmen, wäre kurzsichtig» – vor allem im Hinblick auf die hohe NFA-Rechnung erträgt Zug keine Steuerausfälle. Nur Wochen später zeigt sie sich kurzsichtig, wenn nicht schon blind, und schlägt sofortige Steuersenkungen für die Allerreichsten vor.

Herbeigeredete Doppelbelastung

Gemildert werden soll die angebliche Doppelbelastung. Die Einkommenssteuer auf ausgeschüttete Gewinne von Firmen sowie die Vermögenssteuer für Aktionäre aufgrund von Beteiligungen sollen je nur zu 70 Prozent besteuert werden. Davon profitieren zweimal reiche Grossaktionäre. Auch weil Vergünstigungen nur erhält, wer mit fünf Prozent an einer Firma beteiligt ist oder wer über Aktien im Werte von mindestens fünf Millionen Franken verfügt. Doch im Kanton Zug von einer realen Doppel-

belastung zu sprechen, ist irreführend. Denn die steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen, Aktionäre und sehr Reiche im Kanton Zug ist bereits heute international und schweizweit am tiefsten. Das zeigt der Steuerbelastungsvergleich zwischen 2003 und 2004 (siehe Tabelle rechts). Der Gesamtindex der Zuger Steuerbelastung sank von 52,3 auf 51,7.

Steuersenkungen auf Kosten des Mittelstands

Die Mutter aller kantonalen Doppelbelastungsmilderungen ist das Nidwaldner Modell aus dem Jahr 2000. Was geschah dort? Um die Steuerausfälle auszugleichen, wurde und wird der Mittelstand stärker belastet. Er bezahlt die Steuerprivilegien der Grossaktionäre. Unten stehende Tabelle zeigt deutlich, dass sowohl in Nidwalden wie auch in Schwyz untere und mittlere Einkommen proportional

Einkommen	7500 bis 30'000	35'000 bis 80'000	90'000 bis 1'000'000
Zug	46,4	45	52,1
Schwyz	85,8	71,9	54,7
Nidwalden	78,9	86,2	72,4

stärker belastet werden. Soll dies auch die Zuger Zukunft sein? Geht es nach den bürgerlichen Finanzpolitikern, dann ja. Der jüngste Streich provoziert Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden von 10 bis 20 Millionen Franken. Dies zu einem Zeitpunkt, wo die Regierung noch nicht aufgezeigt hat, wie sie die jährliche NFA-Rechnung von 130 Millionen zahlen will.

Innerschweizer Monaco

Die Alternativen schlagen moderate Steuererhöhungen für privilegierte Per-

Zug im Vergleich mit seinen «Verfolgerkantonen»

Belastung natürlicher Personen (Vermögen und Einkommen) und juristischer Personen (Reingewinn- und Kapitalbelastung) –Quelle: Eidg. Finanzdepartement 2005 und 2004.

Besteuerung Vermögen und Einkommen jurist. Personen (CH 100%)

	Einkommen		Vermögen		Total	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004
ZG	49,5	48,7	51,3	51,6	49,8	49,2
SZ	67,6	65,1	46,5	45,3	65,5	63,2
NW	82,0	80,0	42,4	41,5	77,5	75,8

Besteuerung Vermögen und Einkommen natürlicher Personen (CH 100%)

	Einkommen		Vermögen		Total	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004
ZG	62,6	60,2	24,3	24,5	49,8	49,2
SZ	50,0	57,3	46,9	57,9	49,0	57,4
NW	79,5	76,0	52,5	51,2	73,6	70,6

Gesamtindex Steuerbelastung (CH 100)

	2003	2004
ZG	52,3	51,7
SZ	64,5	64,1
NW	71,7	75,2

sonen und Firmen vor. Regierung und viele Bürgerliche sind dagegen, sie werden wohl den Mittelstand durch Steuererhöhungen und Wenigverdienende durch den Abbau von Service public zahlen lassen. Bereits beschloss der Kantonsrat – gegen den Widerstand der Alternativen – Sparmassnahmen auf Kosten von Jugendsport, Lehrlingen, Stipendien, Denkmalschutz und Gesundheit (Zahnpflegedienst). Zudem steigen Miet- und Lebenskosten, an und das ungehemmte Wachstum zerstört durch Mehrverkehr sowie Grünflächenverschleiss die Lebensqualität. So betreibt Zug eine einseitige, auf lange Sicht für Wirtschaft und Gesellschaft schädliche Dumpingsteuerepolitik.

Leute mit kleinem Budget müssen wegziehen und in Zug entsteht ein Innerschweizer Monaco.

Zug sagte Ja zu solidarischen Steuern

Und wenn alle Kantone diesen Steuerwettbewerb als Race to the Bottom betreiben, stehen am Ende alle mit leeren Hosentaschen da. Es bleibt kein Geld für öffentliche Leistungen. Dabei begrüsst auch die Mehrheit der Zuger Bevölkerung Steuergerechtigkeit, das hat sie mit ihrem Nein zum unsozialen Steuerpaket

Service Public privatisiere

im Mai 2004 gezeigt. Und darum wird ein Referendum reale Chance haben.

Bundesrat Merz für Steuererhöhungen

Dabei kommt Zug um Steuererhöhungen nicht herum. So erlitt die Zuger Regierung mit ihren wichtigsten NFA-Forderungen beim Bund Schiffbruch – insbesondere wird es keine fixe Obergrenze und keine Übergangsregelung geben. In seiner Antwort hielt Bundesrat Hans-Rudolf Merz fest, dass «ein grosser Teil der Investitionen und Zuwanderung auf eine entsprechende Abwanderung von Arbeit und Kapital aus anderen, umliegenden Kantonen zurückzuführen sei.» Dies bestätigt auch die Haltung der Alternativen, die in der Abstimmungskampagne betonten, dass ein Ausgleich zwischen den Kantonen gerecht sei.

Auch betont Merz, dass «die NFA Zugs internationale Konkurrenzfähigkeit aufgrund des relativ grossen Abstands zu den meisten anderen vergleichbaren Standorten kaum beeinträchtigt». Dabei schlägt er vor, dass Zug die Nettobelastung mit einer proportionalen Steuer von 3 Prozent auf das gesamte Ressourcenpotential kompensieren können. Dies ist auch der Weg, den die alternative Steueremotion aufweist.

Veraltete Steuerpolitik

Hinter der Steuersenkungsmanie von Regierung und Bürgerlichen steht die Idee, dass die Steuerausfälle über die Jahre durch neu angezogene Firmen kompensiert wird. Das ist ein finanzpolitisches Auslaufmodell aus den 80-er Jahren. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz weist in seinem Buch «The Roaring Nineties» auf die Wirkungslosigkeit von Thatcherismus und Reaganismus hin. Gerade in den USA nahmen weder Ersparnis noch Arbeitsproduktivität zu. Der Staat baute öffentliche Leistungen ab und dennoch explodierten die Staatsschulden. ■

Auf leisen Sohlen schleicht sich die Deregulierung und Privatisierung auch im öffentlichen Sektor der Schweiz an. Das BULLETIN zeigt, welche Megageschichte da auf uns zukommt.

Von Pascal Lugon, Maire von Romainmôtier, Bearbeitung und Übersetzung Nick Mijnsen – Bild Nick Mijnsen

Das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services) wurde bereits am 1. Januar 1995 zusammen mit dem WTO-Abkommen in Kraft gesetzt und stellt das erste multilaterale Abkommen im Bereich der Dienstleistungen dar. Sein Wirkungsbereich deckt alle wirtschaftlichen Tätigkeiten mit Ausnahme des Handelsverkehrs, der Rohmaterialien und der Agrarprodukte ab und gliedert sich in zwölf Tätigkeitsbereiche und etwa 160 Sub-Sektoren.

Alles privatisieren?

Angepeilt werden darin Basis-Dienstleistungen, die in den meisten Ländern Teil der öffentlichen Dienste sind: Das GATS-Abkommen hat sie «verhandelbar» gemacht. Zu erwähnen sind namentlich Bank- und Versicherungs-Tätigkeiten, Tourismus- und Freizeit-Dienstleistungen, Telekommunikations- und Transport-Dienste, das Bau- und Gesundheitswesen, Sozialbereich, Kultur, Bildung und Umwelt (darunter auch die lukrative Wasserversorgung). Schlussendlich – es könnte ja etwas vergessen gegangen sein – gibt es auch eine Rubrik «Weiteres»: Hier soll auch die Energieversorgung unterkommen, die bisher immer zu den Handelsgütern und nicht zu den Dienstleistungen gezählt wurde.

Damit stehen elementare Dienste der öffentlichen Versorgung zur Diskussion, die bisher als Schlüsselemente des sozialen Zusammenhalts gegolten hatten, weil die öffentliche Hand allen einen frei-

en Zugang garantiert: Gesundheit, Bildung, Energie, Luft, Wasser, ÖV, Telekommunikation, Senioren-Dienstleistungen, Kultur und Freizeit, Abfallentsorgung und so weiter. In der Praxis sind dies Bereiche, in denen heute Bund, Kantone und Gemeinden aktiv sind. Umgekehrt definiert erfasst das Abkommen alle öffentliche Tätigkeiten mit Ausnahme der Monopol-Bereiche Verteidigung und Polizei, Rechtsprechung und Währung.

US-Regierung als treibende Kraft

Das Reglementieren des Handels mit Dienstleistungen wurde erstmals in der Uruguay-Runde aus den Reihen der industrialisierten Länder, namentlich der USA gefordert. Die Weigerung der Entwicklungsländer, auf das stark einengende Regelwerk einzutreten, führte in der Folge dazu, dass daraus ein flexibles Abkommen wurde. Jedes Land sollte grundsätzlich die Möglichkeit erhalten, die Liberalisierung der Dienstleistungen entsprechend dem eigenen Entwicklungsstand umzusetzen. Dennoch legt das GATS das Fundament zu einer zunehmenden Liberalisierung, weil die Staaten sich zu einer periodischen Neuverhandlung verpflichtet hatten mit dem Ziel, «das Niveau der Marktöffnung zu erhöhen». Mit anderen Worten: Ein Ende ist nicht in Sicht. Und tatsächlich haben im Jahr 2000 neue Verhandlungen begonnen, die dann in die im November 2001 begonnene neue globale WTO-Verhandlungsrunde in Doha integriert wurde.

Die Haltung der Schweiz

Die Schweiz hat sich in den Verhandlungen über die Dienstleistungen stark engagiert und fordert zusammen mit anderen entwickelten Ländern weitere Liberalisierungen: Insbesondere dort, wo sie selber eine starke Position inne hat, wie zum Beispiel im Banksektor und der Telekommunikation, bei Post- und Logi-

en – gohts no?



stik-Diensten, Umwelt, Tourismus und Transportwesen.

Im Gegenzug hat die Schweiz auf Forderungen und Angebote im Sektor der öffentlichen Dienste verzichtet und betont, dass sie darüber nicht verhandeln wolle – trotz dem Druck der Grossmächte. Tatsächlich sind bereits Forderungen von dieser Seite gestellt worden, welche die öffentliche Wasserversorgung (von Seiten der EU), das Postwesen (EU und USA) sowie das Bildungswesen (USA) betreffen. Zu bedenken ist dabei, dass auch diese Bereiche längerfristig im Rahmen von bilateralen Verhandlungen zum Verhandlungsgegenstand werden können. Etwa nach dem Muster: Ihr liberalisiert das Bankwesen, wir dafür die Wasserversorgung. Dies natürlich unter dem internen Druck eigener Wirtschaftssektoren, die von solchen Liberalisierungen profitieren würden. Darüber hinaus gibt es berechtigte Zweifel am Engagement der Schweiz im Bildungswesen.

Der grosse Service Public-«Vogt»

Das GATS-Abkommen soll auf allen Verwaltungsebenen angewendet werden: Vom Bund bis zu den Gemeinden werden alle seinen Zwängen unterworfen. Damit wird einerseits das Subsidiaritätsprinzip ausgehebelt, da das Abkommen den lokalen Behörden die Freiheit nimmt, die eigene Dienstleistungspolitik zu bestimmen. Hat sich der Bund in einem Bereich einmal im GATS beispielsweise zur Liberalisierung der Wasserversorgung oder der Abfallentsorgung verpflichtet, sind den Kantonen und Gemeinden die Hände gebunden, wenn sie etwa ein eigenes Unternehmen bevorzugen oder aus sozialen Gründen den Marktzugang subventionieren möchten.

Die Unterhändler der Schweiz entgegen den Bedenken von lokalen Behörden, die kollektiven Dienstleistungen seien von den GATS-Bestimmungen ausge-

Soll die öffentliche Wasserversorgung zum Renditeobjekt verkommen und die Grundversorgung für alle gefährdet werden?

nommen, da diese als nicht-kommerzielle Tätigkeiten ausserhalb des Marktes stehen.

Nur: Ist es eine kommerzielle Tätigkeit, wenn beispielsweise eine Gemeinde einer anderen Wasser gegen Verrechnung liefert? Oder ist eine Tätigkeit eines Kantons oder einer Gemeinde noch ausserhalb des Marktes, wenn dafür, wie es mit Schulen und Spitälern der Fall ist, auch Private mitbieten? Die Unschärfen des GATS-Abkommens sind zu gross, um den lokalen Behörden genügend Sicherheit zu geben.

Fehlende Transparenz und Demokratie-Defizite

Ungenügende oder fehlende Informationen sind ein häufiges Problem bei WTO-Verhandlungen. Die Schweiz hat sich gegenüber dem Parlament und den NGOs bemüht, indem das SECO etwa die komplette Liste der Angebote auf die Website der Bundesverwaltung gestellt hat (siehe Kasten). Hingegen hat sich das Bundesamt bisher geweigert, mehr als eine Zusammenfassung der Schweizer Forderungen zu veröffentlichen. Ebenso wenig dringen Anfragen anderer Länder an die Öffentlichkeit. Im Allgemeinen sind daher die Kantone, Gemeinden und interessierten Bürger mangelhaft informiert. Schwerer wiegt in den WTO-Verhandlungen das Demokratie-Defizit: So wird das Parlament etwa nur am Anfang einbezogen und erhält am Schluss das fertig verhandelte Paket zur Abstimmung. Eine Beeinflussung der Verhandlung wird damit dem Parlament verwehrt. Im Fall von GATS wurden die beiden Kammern auch nicht zu Angeboten und Forderungen der Schweiz konsultiert. Die Kantone wurden zu den administrativen Verhandlungs-

themen in ihrem Kompetenzbereich angehört, nicht aber zu Fragen, welche die Legislative oder die Gemeinden betreffen. Mit anderen Worten werden die gewählten lokalen Volksvertreterinnen und -vertreter nicht bei Entscheidungen einbezogen, die grosse Folgen für Wirtschaft und öffentliche Dienste in Kantonen und Kommunen haben, und welche sich auf das tägliche Leben der Menschen auswirken.

Die grosse Gefahr beim GATS ist neben der drohenden Privatisierung aller Dienste und Ressourcen die zunehmende Schwächung oder gar das Entfallen lokaler politischer Entscheidungs-Freiräume sowie der Autonomie der Gemeinden. GATS ist eine Bedrohung unserer Souveränität, weil dem Abkommen die demokratischen Prinzipien auf allen Ebenen geopfert werden: von der Gemeinde über die Kantone bis zum Bund. ■

www.attac.ch

www.seco.admin.ch/news/00605/index.html?lang=de&noarchiv=yes

Romainmôtier und das GATS

GATS ist seit längerem ein Thema in verschiedenen Kommunen der Romandie, zur Zeit sind es schon über 27 Gemeinden, die sich als GATS-freie Zone deklariert haben – darunter Genf, Yverdon, Morges und Le Locle. Besonders sticht die kleine Gemeinde Romainmôtier mit ihrer romanischen Abbatiale und ihrem kämpferischen Maire Pascal Lugon hervor. Früheren LeserInnen des SGA-Bulletins wird der Name bekannt vorkommen: Pascal war während seinem mehrjährigen Aufenthalt in Zug Mitglied der SGA und BULLETIN-Redaktion.

Eine europäische Vision – aber welche?

In Europa herrscht Unsicherheit. Ist das die Chance für eine soziale Vision?

Michel Mortier, BULLETIN-Redaktor – Bilder Adelina Odermatt und istock-photo.com

In seinem Bestseller vergleicht der amerikanische Ökonom Jeremy Rifkin den traditionellen amerikanischen Traum mit dem Phänomen, das er den «Europäischen Traum» nennt.

Rifkin schreibt, das eine wachsende Anzahl Amerikaner überarbeitet, unterbezahlt, zeitmässig, gestresst und immer unsicherer wird, ob sie sich eine bessere Zukunft schaffen können, während die europäische Entwicklung die Aufmerksamkeit und Phantasie der Welt erobert. Auf diesem ‚alten Kontinent‘ haben sich fünfundzwanzig Nationen mit 455 Millionen Menschen zusammengefunden, um ein ‚United States of Europe‘ zu schaffen.

Die Daten sind tatsächlich beeindruckend. Das \$10.5 Billionen BSP der Europäischen Union überschattet jenes der Vereinigten Staaten. In ihrer Gesamtheit ist die Union die grösste Wirtschaft der Welt und Weltmeister im Export. Ausserdem hat der überwiegende Teil Europas eine längere Lebenserwartung und eine umfassendere Alphabetisierung, eine geringere Armut und Kriminalität, eine geringere Anzahl Slums, längere Urlaube und kürzere Wegstrecken als die USA. Wenn der Massstab für die Grösse einer Nation die Lebensqualität ihrer Bürger ist, sagt Rifkin, so hat Europa auch darin die USA überflügelt.

Rifkin sieht das gegenwärtige Europa als ein riesiges Labor, in dem man die Zukunft der Menschheit überdenkt. Er kontrastiert den ungebremsten amerikanischen Wirtschaftswachstum, die persönliche Bereicherung und das indi-

viduelle Selbstinteresse mit dem europäischen Bestehen auf nachhaltige Entwicklung, Lebensqualität und das Pflegen der Gemeinschaft. Die USA, sagt Rifkin, glauben, dass sie ihre weltweit unübertroffene militärische Präsenz durch Einzelgänge in der auswärtigen Politik aufrecht halten müssen, während die Europäer grösseren Wert auf Kooperation und Übereinstimmung legen.

Schön wäre es

Was Rifkin beschreibt, ist vielleicht sein Wunschtrum, aber sicher keine Vision. Man muss es ihm jedoch zugute halten: er warnt davor, den «europäischen Traum» zu idealisieren, als sei Europa plötzlich eine Realutopie geworden. Wie sowohl die französische wie die niederländische Absage gezeigt hat, sind die Probleme des Kontinents kompliziert, die Schwächen offensichtlich, die weitverbreitete Heuchelei erdrückend.

Die EU ist das, wofür sie seit ihrem Anfängen als Stahl- und Montanunion konzipiert wurde: Die Integration der nationalen Wirtschaften in eine supernationale Ökonomie. Die Überlegung, die dahinter stand, war vernünftig: Eine gemeinsame Wirtschaft ist die beste Garantin für den Frieden. Schliesslich bringt kein vernünftiger Mensch seine Kunden um.

Aber in einer globalisierten Welt, in der transnationale Unternehmen zunehmend die Finanzmärkte beherrschen, ist diese ausschliessliche Fixierung auf die Wirtschaft gefährlich. Der Verlust demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten zum Vorteil von Fondsmanagern, denen das Wohl einer nationalen Volkswirtschaft egal ist, erhöht das Ungleichgewicht auf den Finanzmärkten und bedroht damit die globale Stabilität.

Die Bürger und Bürgerinnen Europas zeigen immer deutlicher, dass sie genug

haben von der Unfähigkeit ihrer Regierungen wie ihrer Wirtschaften, die anstehenden Probleme zu lösen, während sich beide Instanzen in der gegenseitigen Zuweisung der Schuld für ein angeblich zu langsames wirtschaftliche Wachstum überbieten. Sie wissen auch, dass mit einem höheren Wachstum ohne entsprechende Vorkehrungen die Wahrscheinlichkeit einer Klimakatastrophe um so schneller zunimmt.

Auch die Forderung bürgerlicher Parteien, die sozialen Einrichtungen zu «reformieren», werden von der Zivilgesellschaft zunehmend als Augenwischerei erkannt. Deutschland, lange Zeit die Wirtschaftslokomotive Europas, liefert ein trauriges Beispiel dafür. Soziale Errungenschaften, Unternehmens- und Erbschaftssteuern werden auf dem Wachstumsaltar geopfert, ohne dass dabei die Arbeitslosigkeit sinkt, die Staatsverschuldung herabgesetzt, die staatlichen Pensions- und Krankenkassen saniert oder die mittelständischen Betriebe entlastet werden.

Die Stunde der Linken

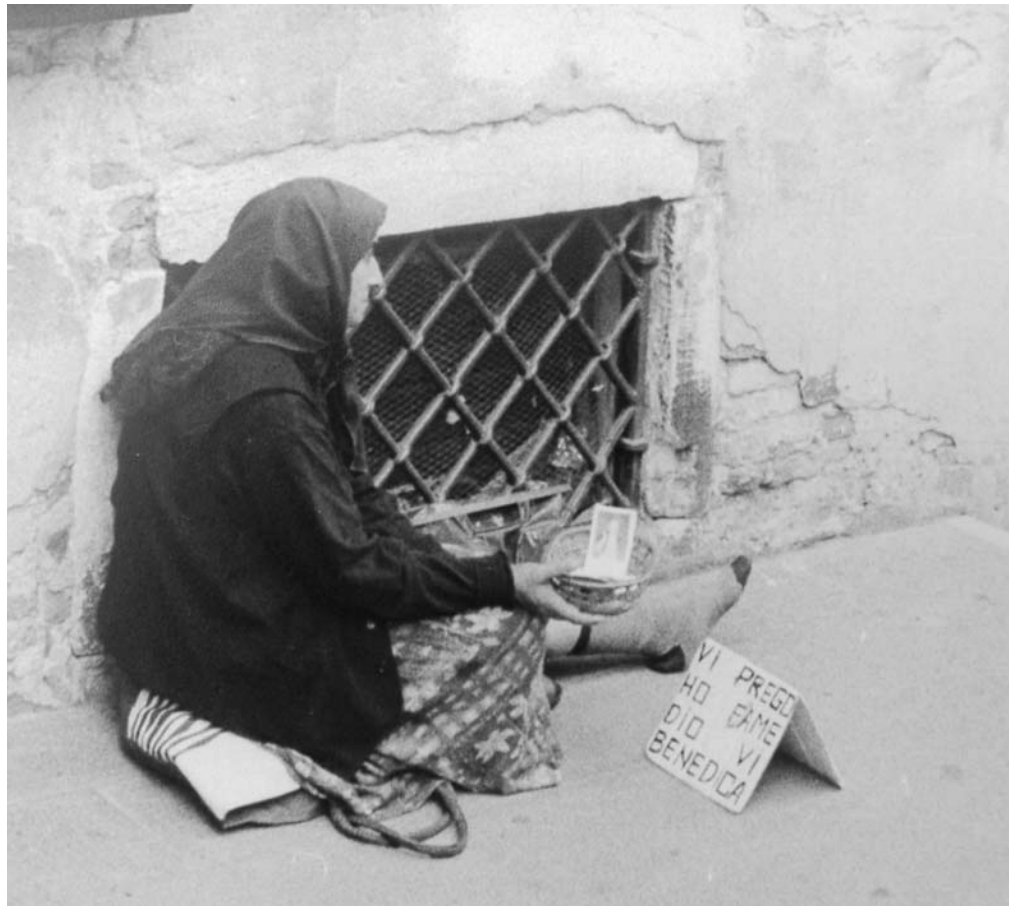
Damit ist eine neue Chance entstanden für eine moderne linke Politik, die fähig ist, eine echte und vor allem direktdemokratische Vision für Europa zu entwickeln. Die Vorstellungen einer afro-amerikanische Aktivistin beschreiben eine derartige Vision. Sie wünsche, schrieb sie, «eine Welt, in der jeder Mensch sich als würdig erachtet, das Beste zu erhalten, das ihm das Leben bieten kann; in der sich niemand einem anderen gegenüber untertänig oder weniger wertvoll fühlen muss; eine Welt, in der unsere Interaktionen das Beste, nicht das Schlechteste in uns hervorholen; eine Welt, in der unsere Institutionen nährend und lebensbejahend statt bevormundend und lebenverneinend sind; eine Welt, in der unsere Hoffnungen unsere Ängste überwinden.»

Die Realisierung einer derartigen Vision ist nur möglich unter der Voraussetzung, dass die europäische Linke eine echte Verantwortung für soziale Gerechtigkeit übernimmt, ein echtes Mitgefühl mit den Benachteiligten unserer Gesellschaft zeigt und einen starken Willen entwickelt, den Schwachen zu helfen. Mit anderen Worten, wir brauchen eine Linke, die eine emotionale Kompetenz besitzt: Mitgefühl gesteuert von Intelligenz.

Diese Intelligenz würde erkennen, dass die zwei grossen politischen Kräfte in Europa, Linke und Bürgerliche, zusammen die tragenden Kräfte der Gesellschaft repräsentieren. Sie würde akzeptieren, dass die bürgerliche Seite in ihrer positivsten Ausprägung für das Recht des Einzelnen einsteht, seine Freiheit und sein Schicksal selbst zu bestimmen, den Fortschritt als ein Ergebnis des persönlichen Einsatzes betrachtet und darum eine Behinderung dieses Einsatzes durch den Staat ablehnt. Sie würde verstehen, dass die Bürgerlichen deshalb auch eine grössere Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dynamischen Individuen sehen, als umgekehrt.

Andererseits würde sich eine emotional kompetente Linke daran erinnern, dass die linken Parteien aus der Überzeugung entstanden, ihre Hauptaufgabe läge im Schutz wehrloser Minderheiten vor einer unkontrollierten Macht Einzelner. Zu dieser Grundeinstellung muss die Linke zurückkehren, wenn sie überzeugt ist, dass die Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft grösser sei als umgekehrt und dass es daher die Aufgabe der staatlichen Organe sei, auf diese Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger zu bestehen. Dann müsste sie auch dafür kämpfen, dass die Mechanismen entwickelt werden, um global negativ agierende Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen.

Eine kompetente Linke würde realisieren, dass Fortschritt aus dem dynami-



Strassenszene in Venedig.

schon Gleichgewicht zwischen dem risikobereiten Einsatz Einzelner und dem auf Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichteten Kollektiv entsteht. Diese zwei Kräfte haben zur Evolution unserer Spezies geführt. Beide haben eine Existenzberechtigung.

Die Linke vernachlässigt ihren Auftrag

Die politische Entwicklung in Europa macht deutlich, dass die Rechte ihren Weg konsequent verfolgt. Die Linke tut es nicht. In Deutschland und in Grossbritannien versuchen die linken Regie-

rungsparteien die Opposition rechts sogar zu überholen, in Frankreich schmeisst die PS einen ihrer fähigsten Politiker aus der Parteispitze, weil er – mit der Mehrheit der sozialistischen Wählerschaft – die europäische Verfassung zur Ablehnung aufrief.

Diese Politik zerstört das gesellschaftliche Gleichgewicht zwischen den individualistischen und kollektiven Kräften. Das ist das Ergebnis einer linken Politik, die sich – vielleicht unbewusst – die rechte Denkart angeeignet hat. Dadurch kann sie aber die Sorgen der Gesellschaft nicht länger verstehen und unternimmt

Linke Politik (I)

nicht jene Schritte, mit denen die Mehrheit der Wählerstimmen zu gewinnen wäre.

Welche Schritte sind das? Jene, die die zwei Fragen beantworten, die für die meisten Menschen Priorität haben:

- Wie kann ich meinen Job schützen?
- Was passiert mit mir, sollte meine Gesundheit leiden?

Um zu einer starken sozialen Kraft zu werden, die der Rechten Paroli bieten kann, muss die Linke - nicht die Rechte - diese Fragen überzeugend beantworten. Das ist nicht einfach, aber auch nicht unmöglich, wie einige Beispiele verdeutlichen sollen:

Jobsicherheit:

Es gibt drei Hauptursachen für einen Stellenverlust: Um den unternehmerischen Gewinn zu erhöhen, weil das Unternehmen Verluste macht oder weil die betroffene Person nicht mehr den Anforderungen entspricht.

Zum ersten Fall schrieb der Spiegel treffend: «Unternehmen mögen «überflüssige» Mitarbeiter haben, aber die Gesellschaft hat keine überflüssigen Menschen.» (17/2005, S.29) Die Gesetzgebung muss daher sicherstellen, dass das Unternehmen entweder den arbeitslos gewordenen MitarbeiterInnen innerhalb einer angemessenen Zeit hilft, eine neue Stelle zu finden, oder der zusätzliche Gewinn muss höher versteuert werden, um die Arbeitslosenhilfe mit zu finanzieren. Droht das Unternehmen dann mit einer Verlagerung ins Ausland, so ist das eine Erpressung und muss öffentlich als solche deklariert werden. In einem solchen Fall muss die Linke die Zivilgesellschaft zum Boykott des Unternehmens aufrufen. Es geht einfach nicht, dass Unternehmen ihren Gewinn auf Kosten ihrer MitarbeiterInnen steigern, um die dadurch entstehenden Kosten dann den Steuerzahlern aufbürden - von denen die meisten eben-



Befindet sich die EU in den Wolken?

falls Arbeitnehmende.

Im zweiten Fall muss sich die Linke überlegen, wie sie die kreativen Kräfte der lokalen Zivilgesellschaft mobilisieren kann, um mitzuhelfen, dass das Unternehmen entweder profitabel oder von den Angestellten übernommen wird. Das würde die Arbeitsplätze schützen und der weitverbreiteten Volksmeinung entgegenwirken, dass die Linke zwar Geld umverteilt, aber keines generieren kann.

Schliesslich muss die Linke Einrichtungen schaffen, in denen die echten Talente und Fähigkeiten von Arbeitnehmenden getestet und gefördert werden, vor allem jener, deren Arbeitsplatz gefährdet oder verloren gegangen ist. Nur wer auf seine Stärken baut, kann sich unentbehrlich machen. Das ist eine unverzichtbare Voraussetzung für einen sicheren Job.

Dass diese Massnahmen auch zum Vorteil der Unternehmen wären, wird ein späterer Artikel verdeutlichen.

Die Gesundheit schützen:

Die Linke muss verstärkt mit der Ärzteschaft und den Krankenversicherungen zusammenarbeiten, um prophylaktische Gesundheitsmassnahmen zu entwickeln. Insbesondere muss die Linke endlich auf Massnahmen gegen psychische Erkrankungen und auf eine entsprechende Gesetzgebung bestehen. Es darf nicht weiter toleriert werden, dass

psychologisch ungeschulte Vorgesetzte, rabiate Männer oder verständnislose Eltern über eine längere Zeit ihre Mitarbeitenden, Frauen oder Kindern starkem Stress aussetzen. Der individuelle und kollektive Schaden, den ein solcher Stress verursacht, ist hinlänglich bekannt. Es ist also höchste Zeit, dass Ärzte solche Fälle unter Wahrung der Anonymität der Betroffenen entsprechend geschulten Behörden melden. Die Androhung finanzieller Strafen dürfte genügen, um diese Praktiken auf ein Minimum zu reduzieren.

Es wäre ebenfalls zu überlegen, gesundheitsfördernde Massnahmen, die zum Schutz von Jugendlichen praktiziert werden, durch Prämienverbilligungen zu unterstützen und gesundheitschädigende Praktiken wie Rauchen und Trinken durch höhere Prämien zu ahnden.

Fazit

Die Linke hat viel Raum zum Handeln. Das muss sie, wenn es ihr wirklich um soziale Gerechtigkeit geht. Sie trägt die Verantwortung für eine starke Zivilgesellschaft, die mit einer starken Wirtschaft und einem starken Parlament zu einem starken Staat gehört. ■

Quellen: Jeremy Rifkin, Der europäische Traum: Die Vision einer leisen Supermacht; Campus Verlag GmbH, Frankfurt 2004

Frauen gegen Gewalt und Armut

Am Samstag, 11. Juni 2005, um 11.30 Uhr besammelten sich Zugerinnen beim Bahnhof Zug für die Teilnahme am Weltmarsch «Gewalt gegen Frauen». Engagiert und mit vollster Überzeugung, etwas bewegen zu können, gingen wir Frauen (und einige Männer) Richtung Luzern. Das gute Gefühl der Solidarität begleitet mich heute noch.

Judith Kellenberger, BULLETIN-Redaktörin – Bilder Paula Gisler

In Ebikon begann der Zuger Marche mondiale, wobei ein kleiner Stopp beim Schulhaus Maihof in Luzern zum kurzen Ausruhen einlud. Vorbei an beschaulichen Einfamilienhaus-Siedlungen war der Gang der Demo wohl nicht wirklich spektakulär, aber angenehm und friedlich.

Nach einer kurzen Erfrischung ging es weiter in die Innenstadt von Luzern. Hier kamen auch die «Luzernerinnen» mit Trommelschlag und guter Laune dazu. Der Marche mondiale endete am Kapellplatz, wo wir alle unsere Transparente gut leserlich hinstellten. Frauen und Männer lauschten gespannt in der Nähe der Bühne, wo Cécile Bühlmann – unsere engagierte grüne Politikerin – eine für sie typisch mitgedachte und -gefühlte Rede hielt.



Frauen gehen für ihre Anliegen auch übers Wasser.



Cécile Baumann als begehrte Interviewpartnerin.

Migrantinnen möchten gerne bessere Jobs – ihrer im eigenen Land erworbenen Ausbildung entsprechend – und die Anerkennung ihrer Fähigkeiten. Wenn wir hören, welchen Rang die Schweiz betreffend Frauenförderung am Arbeitsplatz einnimmt – es ist nur der 43igste – dann werden diese Forderungen wohl noch lange einfach Wünsche bleiben. Was ich aber dazu sagen möchte, ist, dass Migrantinnen für bessere Jobs auch wirklich gute Deutschkenntnisse erwerben sollten. Dann ist die Wirtschaftslage im Moment für alle nicht rosig, so dass auch bestausgebildete Schweizerinnen «unterbezahlte» Arbeiten erledigen müssen, die nicht ihrem Ausbildungsstand entsprechen. Und: Dies trifft bestimmt auch für viele Schweizer Männer zu.

Zum eingangs erwähnten Gefühl der Solidarität kommt mir noch ein Gedanke hoch, den ich noch los werden will. Wir, liebe Frauen, haben einen Anteil der Wählerschaft von ungefähr 52 Prozent.



Spannende Diskussionen am Rande des Marche mondiale.



Klare Worte, klare Forderungen!

Warum hat sich die Politbühne nicht schon längst mit Frauen gefüllt? Und weshalb sind wir immer noch untervertreten in allen Ämtern und Chefetagen? Darum: Zusammenhalt macht stark!

Was willst du noch mehr

Diejenigen, die am Weltmarsch teilnahmen, werden es bestimmt nicht bereut haben, denn das Wetter spielte mit, wir brachten die schönsten und farbigsten Transparente mit, die Kundgebung war sehr spannend, Cécile Bühlmanns Rede war ein Ohrenschaus, das Glas Bier an der Reuss hat gut getan, das internationale Essen in der Schürer war superb und wir Zugerinnen hatten es stimmungsmässig sehr gut miteinander! Politikaktivistin, was willst du noch mehr? («Originalton» von Sybilla Schmid).

Anstatt viel Text zu schreiben, lassen wir in diesem Beitrag mehr die Bilder sprechen. Viel Vergnügen! ■

Kino



FLiZ-Programm im Kino Gotthard Juli bis September 2005



Montag, 4. Juli, 20.00: IM NORDWIND von Bettina Oberli, Schweiz 2004

Ein Personalleiter verliert seine Stelle und hält die Entlassung zu Hause geheim; die Familie baut gerade ein Haus; die Tochter kapselt sich von der Familie ab. Keiner ist imstande, mit dem anderen zu reden. Nicht nur ein Arbeitslosendrama, auch ein Kommunikationsdrama und der reife Erstling einer jungen Filmern.

Bettina Oberli ist anwesend!

litiker müssen Akten verschwinden lassen, denn Bill Clinton soll auf einer Visite in der Region vorbeikommen. Also bemüht man sich in kürzester Zeit, das Stadtbild auf Vordermann zu bringen: ethnische Intoleranz, Kriminalität, Prostitution und Korruption müssen verschwinden. Pjer Zalica schuf einen poetischen Film, in dem die Ironie der liebevollen Beschreibung von Filz und Zynismus im Nachkriegs-Bosnien gegenübersteht.



Montag, 12. September: HANDBIKEMOVIE von Martin Bruch, Österreich 2003

Der Regisseur, der aufgrund seiner MS-Erkrankung seit 1998 vorwiegend mit einem handpedalgetriebenen «Handbike» unterwegs ist, dokumentiert mit einer Helmkamera einen Teil der 18'666 km-Wegstrecke, die er bislang mit diesem Fahrzeug zurücklegte. Martin Bruch präsentiert uns seinen persönlichen Reisebericht, der ihn unter anderem durch den Grosse Stadtverkehr von Paris, Wien, New York, London und Istanbul führt.

Martin Bruch ist anwesend! ■



Montag, 8. August: GORI VATRA von Pjer Zalica, Bosnien-Herzegowina 2003

Bosnien nach dem Krieg, im Städtchen Tesanj, wo sich das Leben mehrheitlich wieder normalisiert hat: Der Polizist ist bestechlich, der Zuhälter handelt mit Frauen, Whisky und Zigaretten gehören zum Alltag und Po

Open Air Zug Juli und August 2005

Open Air Kino ZUG

Seepromenade

20. Juli - 21. August 2005

MI	20.7.	MAR A DENTRO
DO	21.7.	CLOSER
FR	22.7.	MADAGASCAR
SA	23.7.	WAR OF THE WORLDS
SO	24.7.	FINDING NEVERLAND
MO	25.7.	A GOOD WOMAN
DI	26.7.	MILLION DOLLAR BABY
MI	27.7.	DIE FETTEN JAHRE SIND VORBEI
DO	28.7.	THE WOODSMAN
FR	29.7.	RAY
SA	30.7.	COLLATERAL
SO	31.7.	DIE REISE DER PINGUINE *
DI	2.8.	HITCH
MI	3.8.	THE ISLAND *
DO	4.8.	GIRL WITH A PEARL EARRING
FR	5.8.	SHALL WE DANCE?
SA	6.8.	THE AVIATOR
SO	7.8.	SAINT RALPH *
MO	8.8.	SERES QUERIDOS
DI	9.8.	DIARIOS DE MOTOCICLETA
MI	10.8.	SNOW WHITE * GAST: SAMIR
DO	11.8.	BARFUSS
FR	12.8.	MEIN NAME IST EUGEN *
SA	13.8.	LES CHORISTES
SO	14.8.	DIE HÖHLE DES GELBEN HUNDES *
MO	15.8.	SEWERAGE
DI	16.8.	THE INTERPRETER
MI	17.8.	FILM NACH ANSAGE
DO	18.8.	DONT COME KNOCKING *
FR	19.8.	MUST LOVE DOGS *
SA	20.8.	MR. & MRS. SMITH
SO	21.8.	FILM NACH ANSAGE
*		SCHWEIZER VORPREMIERE

TICKETPREIS FR. 15.-
FÜR UBS GENERATION- ODER UBS CAMPUS-KUNDEN FR. 12.-
UBS KEYCLUB BONUSPUNKTE AKZEPTIERT

OPEN AIR RESTAURATION VON BEAT ZÜRCHER
(RESTAURATIONS AG KULINARIA ZUGERSEE)
AB 19 UHR.

DIE VORFÜHRUNGEN BEGINNEN
MIT DEM EINDUNKELN. SIE FINDEN
BEI JEDER WITTERUNG STATT.

ABENDKASSE BEIM OPEN AIR KINO AB 19 UHR.

VORVERKAUF AB 13. JULI 2005:
PHOTO OTTIK GRAU
BUNDESPLATZ 2, ZUG
KEINE TELEFONISCHEN RESERVATIONEN!
MO 13.-18 UHR, DI-FR 8.-18 UHR, SA 8.-16 UHR

INFO-TEL: 041 726 10 04 (9-12 UND AB 14 UHR)
TICKETS ONLINE: www.open-air-kino.ch

OPEN AIR KINO LUNA AG
IN ZUSAMMENARBEIT MIT
MARIA, THOMAS UND BRUNO ULRICH
www.open-air-kino.ch

Buch



End-Lese

Georgette Schmid
Mediathekarin kbz

Nicht nur in Buchhandlungen und im Internet stosse ich auf Lektüre-Ideen, an der Buch(messe) Basel hörte ich zum ersten Mal den jungen



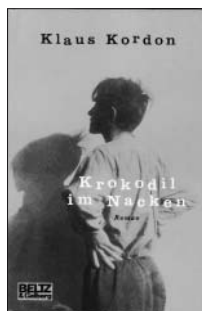
Belgier **Bart Moeyaert** bei einer Lesung und bekam Lust auf seine Werke, die sowohl Jugendliche als auch Erwachsene ansprechen. «**Im Wespennest**» erleben wir die Geschichte einer Familie und eines Dorfes mit. Beklemmende Schilderungen von Krisen und Gewalt wechseln ab mit der ersten Liebe zwischen der Erzählerin und einem Zigeunerjungen, der als Marionettenspieler auftritt. Auch die problematische Beziehung zur Mutter kommt zur Sprache. Ein dünnes Bändchen mit reichem Inhalt!

Auf ganz andere Szenarien treffen wir in «**play zone**» von **Thomas Feibel**, einem Zukunftsroman über Spielen und Gewinnen. Bisweilen geht es um Leben und Tod. Da gibt es kaum Platz für Gefühle, das Leben in einem fiktiven Land wird aber



packend geschildert, so dass es einen manchmal schaudert.

Mehr als die Sparte Science Fiction interessieren mich aber authentische Lebensbeschreibungen. In der Neuerscheinung «Wenn Jungen nicht lesen» von Karin Müller empfehlen jugendliche Leser ihre Lieblingsbücher.



Unter den 50 Vorschlägen pickte ich «**Das Krokodil im Nacken**» von **Klaus Kordon** heraus. Auf über 700 Seiten (ideal für die Sommerferien) nehmen wir an der eindrucksvollen Lebensgeschichte von Manfred Lenz teil. In Ostdeutschland aufgewachsen, plant er, während einer Ferienreise mit seiner jungen Familie im Westen zu bleiben. Doch noch vor der Grenze werden sie geschnappt und «Manne» verbringt ein Jahr

in den berüchtigten Stasi-Gefängnissen. Auch seine Frau, ursprünglich aus dem Westen, wird inhaftiert, die Kinder kommen in ein Kinderheim.

Rückblenden in die Kinder- und Jugendzeit zeigen uns die Entwicklung zum kritischen Zeitgenossen und die Geschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Mauerbau von 1961. Mit seinem Gewissen - dem Krokodil im Nacken - lässt sich ein Leben in der DDR nicht mehr vereinbaren. Trotz der Länge ein spannendes Buch.

Auch eine zweite Biografie faszinierte mich. Zum 50.



Todestag Albert Einsteins erschien «**Das verschmähte Genie**» von **Alexis Schwarzenbach**. Darin tauchen wir in das Leben des Physikers deutscher Herkunft ein. In kürzerer und einfacherer Form als Carl Seeligs Standardwerk wird Einsteins Leben und Werk gewürdigt und sein Verhältnis zur Schweiz beleuchtet. Zeitlebens fühlte er sich mit Aarau verbunden, wo er die Mittelschule besuchte und mit Bern als Prüfer im Patentamt, wo er vor 100 Jahren

mit Studien zur Relativitätstheorie die damalige Physikwissenschaft auf den Kopf stellte. Später wurde er nach Berlin berufen. Dort heiratete er seine Cousine Elsa, während die erste Frau Mileva mit den beiden Söhnen in der Schweiz zurückblieb. Die illustre Persönlichkeit Albert Einstein hatte viele Facetten, von denen einige nicht ganz zum engagierten Forscher, Menschenfreund und Pazifisten passen wollen. Seine letzten 22 Jahre verbrachte Einstein in den USA. Über die Schweiz sagte er einmal: «Ich habe dieses Land im gleichen Mass gern, als es mich nicht gern hat.» Vermutlich kommen viele kritische Schweizerinnen und Schweizer für sich zum gleichen Schluss...

Nach meinen 12 Aus-Lese-Beiträgen mit rund 50 Buchempfehlungen übernimmt wieder Ula Schiesser die Literaturseite des BULLETINS. Der Redaktion und der Leserschaft danke ich für ihr Wohlwollen und meiner Vorgängerin-Nachfolgerin wünsche ich ebenso viel Kurzweil bei der «Leseförderung». Auf Wiederlesen!

Literaturangaben: Bart Moeyaert: Im Wespennest, Beltz & Gelberg

Thomas Feibel: play zone - Das letzte Spiel, Sauerländer

Klaus Kordon: Krokodil im Nacken, Beltz & Gelberg

Alexis Schwarzenbach: Das verschmähte Genie - Albert Einstein und die Schweiz, DVA. ■



Ein Kantonsratsmandat bringt neben anderem vor allem eins: viel Papier. So wird Frau und Mann zweiwöchentlich mit der «Schweizerzeit» bedient – einem Kampfblättli des ideologisch gehärteten Rechtsflügels in der SVP. Ein Blick in die Zeitung offenbart hin und wieder Trouvaillen. Wie der Artikel von **SVP-Nationalrat Hans Kaufmann**, der sich über Kampagnenjournalismus der Ringier-Presse ärgert. Zitat: «Ich mach mir nur Sorgen. Sorgen über den Umgang mit Worten, über den Umgang mit Macht, über den Umgang mit Menschen.» Diese Sorgen teilen wir – bei jedem neuen SVP-Plakat oder -Inserat werden sie grösser.

Sorgen hat der **Baudirektor Hans Beat Uttinger**. Darf er nun in seinem Büro rauchen oder nicht? Er findet: Ja! Die beiden Bedingungen für die Erlaubnis sind klar: ein Einzelbüro und keinen Bürgerkontakt. Bedingung eins ist klar erfüllt, aber die Frage ist: Hat der SVP-Mann Uttinger denn keinen Bürgerkontakt?

Sorgen hat auch der Zuger Gewerbeverband. «Sparwut schafft dem Gewerbe unnötig Probleme» titelte dessen Organ in der letzten Ausgabe. In der nächsten Nummer erwarten wir Aufschluss darüber, wer unter dieser Sparwut leidet.

Mut zu solcher Sparwut beweist die **FDP**: «...fordern wir ganz konkret die Prüfung fol-

gender Reorganisationen und Sparmassnahmen:

- die Privatisierung der Fischbrutanstalten
- die Reduktion des Budgets beim Amt für Denkmalpflege und Archäologie
- die Reduktion der Lebensmittelkontrolle auf polizeiliche Aufgaben
- die konsequente Einforderung von Langzeitpflegekosten bei Betroffenen und deren Familien (...)
- Integration des Datenschutzes in die Staatskanzlei unter Streichung der vor Jahren geschaffenen Stelle des Datenschutzbeauftragten
- Abschaffung der gemeindlichen Grundstückgewinnsteuerkommissionen» etc.

Vom eigenen Mut überrascht, schiebt die **FDP** dann noch folgendes Statement nach: «Sind diese Forderungen wirklich ernst gemeint oder wollen wir nur provozieren? Die Forderungen sind in ihrem Kern tatsächlich ernst gemeint und sollen auch provozieren.»

Fischbrutanstalt, Lebensmittelchemiker, Denkmalschützer, Datenschutzbeauftragter und andere Einzuspärende sind also aufgerufen, ihren «Kern» zu ergründen. Alle anderen lassen sich vielleicht bei den nächsten Wahlen provozieren.

Sparen will auch **Balsiger**. Auf der FDP-Homepage schreibt der Zuger Kantonsrat über seine Visionen: «Durch Reduktion der Staatsquote kann die Wohlfahrt im Lande gefördert

und durch persönliche Eigenverantwortung die Zufriedenheit aller Bürger erstrebt werden.»

Seine eigene Zufriedenheit erhöhen wollte **Balsiger** mit einem nicht wirklich Staatsquoten senkenden, aber dafür durchaus vorausschauend gedachten Vorstoss für die Erhöhung der Stadtratsaläre. Sein Traum vom Stadtratsamt bleibt wohl ein (Alb)traum.

Das Geheimnis um den Albtraum des jährlichen Gottwardstaus ist gelüftet: «Rund ein Drittel aller Autofahrer haben gemäss einer Umfrage Sexfantasien, wenn sie mit ihrem Auto in einem Stau stehen.» Stehen?

«Immer zuvorderst» steht der neue Stadtzuger **SVP-Präsident Jürg Messmer**. Der Videoverleiher strotzt vor Selbstvertrauen und will sich gemäss Neue Zuger Zeitung «als Nächstes in die kantonale Politik stürzen. Das wäre es dann? ‘Na ja, Kantonspolitik wird wohl nicht alles sein. Am Ende könnte Bern stehen’, sagt er.» Wenn Parteikollege Blocher das Parlament bis dann nicht weggespart hat.

Vorläufig tagen sie aber noch. So nahm am 13. Dezember 2004 der Nationalrat mit 129 zu 34 Stimmen das Personenfreizügigkeitsabkommen samt flankierenden Massnahmen an. Der alternative **Lang** stimmte ja, weil er die Freizügigkeit und die flankierenden Massnahmen befürwortet.

Scherer von der SVP stimmte nein, weil er gegen die Freizügigkeit und gegen die flankierenden Massnahmen ist. **Pfister** (CVP) enthielt sich, weil er aus Rücksicht auf die Wirtschaft für das Abkommen ist, aber die flankierenden Schutzmassnahmen zugunsten der Lohnabhängigen ablehnt. In den beiden Detailfragen, bei denen es Namensabstimmungen gegeben hatte, stimmten Pfister und Scherer mit der rechten Minderheit gegen Verbesserungen zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In den Abstimmungen zu den flankierenden Schutzmassnahmen gehörte Pfister dem harten arbeitnehmerfeindlichen Flügel der CVP an.

Doch siehe da – wen hat der **SP-Kantonsrat Alois Gössi**, Präsident der Angestelltenvereinigung des Kantons Zug (ARZ), eingeladen, um über die Personenfreizügigkeit zu referieren? Den Gewerkschafter Lang oder den Gewerkschaftsfeind Pfister? ■

Veranstaltungen



Veranstaltungskalender

DO, 7. Juli: Monatsbar
Es findet keine Monatsbar statt!

DO, 4. August: Monatsbar
Es findet keine Monatsbar statt!

MO, 15. August: Familien-Picknick Gleis 3 Risch
Ab 12.00, am See in Buonas. Für alle Interessierten.

MI, 17. August: Ausserordentliche GV Gleis 3 Risch-Rotkreuz
19.30, im Sitzungszimmer, Dorfmat, Rotkreuz

SA, 27. August: Gründungsversammlung und Fest der Alternativen Kanton Zug
16.00, Apéro; 17.00, Versammlung, ab ca. 19.30 Nachtessen, Fest und Musik. Siehbachwiese (neben Podium 41), Chamerstr. 33, Zug

MI, 31. August: 2. KampagnenFORUM zum Thema «Learn globally – Campaign locally»
Im Gottlieb Duttweiler Institut in Rüslikon. Informationen zur Tagung und Anmeldung unter www.kampagnenforum.ch

MI, 31. August: GV Forum Oberägeri
19.30, im Restaurant Ochsen in Oberägeri

SA, 10. September: 2. Jugendmitwirkungstag Zug
Ab 13.00, Ort noch offen, voraussichtlich in einem Schulhaus der Stadt Zug.

Mehr Infos unter:
www.jump-zug.ch

DO, 22. September: Postplatzfest
Ab 16.00, es organisieren verschiedene Gruppierungen und Vereine (SGA, CSP, SP, WWF, VCS, Natur- und Heimatschutz, Bauforum, autofrei wohnen zug, IG Velo, Velokurier, etc.) ein Fest auf dem Postplatz in Zug als Diskussionsbeitrag für die Postplatz-Gestaltungsfrage.

Adressen



Die Alternativen im Kanton Zug

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
andreas.kuhn@forum-oberaegeri.ch

Freie Wähler Menzingen
Postfach 112
6313 Menzingen
www.maenzige.ch
m.aepli@gmx.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
rosemarie.faehndrich@data-zug.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber
Unt. Haldenweg 5
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

KRIFO Alternative Cham
Charles Meyer
Schmidstrasse 4
6330 Cham
www.krifo.ch
haas-pousaz@gmx.ch

Sozialistisch Grüne Alternative
Postfach 4805
6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 2, Juni 2005, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Michel Mortier, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: DMG Druckerei, Zug
Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)

Nutzaufgabe: 1300 Ex.

WEMF-beglaubigte Auflage: 1054 Ex.

Abonnements: Fr. 25.-
KleinverdienerInnen Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-
Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss Nr. 3/2005: Freitag 16. September 2005

Erscheinungsdatum: Freitag 30. September 2005

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.bulletin-zug.ch

AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug



www.bulletin-zug.ch